

Nr. 49

Juni

II/2010

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.



Saral Sarkar

**Ökosozialismus oder „Green New Deal“
Ist ökologisches Wachstum noch möglich?
Entwicklung statt Wachstum**

Bundestreffen der Ökologischen Plattform

Marko Ferst

Die Lehren aus Tschernobyl für Deutschland

Editorial

Liebe LeserInnen,
seit etlichen Wochen strömt nun schon Öl in den Golf von Mexiko aus, nachdem die Bohrinsel „Deepwater Horizon“ explodiert und gesunken ist. Es wird die bisher größten Ölkatastrophen bei Weitem „toppen“. Dabei sollte die Wirtschaft endlich aus der Vergangenheit lernen. Schließlich ereignete sich die bis dahin größte Ölkatastrophe ebenfalls im Golf von Mexiko. Und es gibt ja auch noch zahlreiche andere Bereiche, bei denen sich Unfälle zu Umweltkatastrophen auswaschen können. Die Atomkatastrophe von Tschernobyl 1986 und die Chemieunfälle von Bhopal in Indien 1984 oder Seveso in Italien 1978 mögen hier nur als besonders makabre Beispiele dienen. (Von den Umweltschäden, die Kriege anrichten, in der neueren Zeit ragen die USA auch hier unrühmlich heraus – Stichworte: Hiroshima/Nagasaki und Agent Orange – mal ganz zu schweigen.)

Diese Unfälle bringen uns immer wieder ganz unmittelbar zu Bewusstsein, in welchem erschreckendem Maße die Menschheit heutzutage fähig ist, ihre natürlichen Lebensgrundlagen „nachhaltig“ zu gefährden und zu zerstören. Offenbar bleibt die Profitmaximierung der Wirtschaft weiterhin die einzige Maxime, nach der sich unsere Welt zu richten hat. Die Politik muss endlich die ökologischen Rahmenbedingungen für die Produktion im Allgemeinen und für das Bohren im Meeresboden im Besonderen auf ein Maß erhöhen, welches die Risiken minimiert und ggf. auch Schranken setzt.

Das wird aber nur dann wirklich passieren, wenn auch die breite Masse umzudenken beginnt. Nicht der immer höhere Verbrauch materieller Güter – wie die Werbung, im wahrsten Sinne des Wortes eine der perfidesten Methoden der direkten und indirekten Umweltverschmutzung, uns ständig zu suggerieren versucht – ist das, was uns als Menschen ausmachen darf. Mit dieser Ersatzbefriedigung ist der Mangel an menschlichen Beziehungen, an Wärme und Solidarität, an der Bewusstheit unserer engen Verbundenheit mit der Natur in einer Gesellschaft nicht zu kompensieren. Machen wir so weiter, ist die Zeitspanne für den Homo sapiens früher abgelaufen, als man denkt. Hoffen wir, dass diese Katastrophe breiten Bevölkerungsschichten weltweit stärker für die Verletzbarkeit unseres schönen blauen Planeten sensibilisiert und das persönliche Umdenken eines jeden befördert. Denn mit den allgemeinen Umweltproblemen hat sich der Bürger in der Regel weitgehend arrangiert, Ozonloch, Waldsterben und Klimawandel vollziehen sich eher still im Hintergrund.

Die Ökologische Plattform kämpft seit Jahren dafür, dass die LINKE nicht nur beim Kampf für soziale Gerechtigkeit vorangeht, sondern auch auf dem „grünen Terrain“ die Meinungsführerschaft in der Gesellschaft gewinnt.

Auf unserem Bundestreffen in Rödinghausen (siehe nebenstehend) haben wir den ersten Entwurf des Parteiprogramms diskutiert. Bei allen Fortschritten, immerhin wird an vielen Stellen auf die ökologischen

Aspekte Bezug genommen, sogar in den Grundideen der Präambel, liegt hier noch etliche Arbeit vor uns. Zusammen mit der BAG Umwelt-Energie-Verkehr und der AG Umwelt der Bundestagsfraktion werden wir unseren Beitrag dazu leisten.

Die Redaktion

Termine

Podiumsdiskussion: Das drohende Umweltde-saster. Gibt es geeignete Maßnahmen für die Bekämpfung des Klimawandels?

28.08.2010 18.30 Uhr (Ort noch offen)

Veranstalter: Bildungsgemeinschaft SALZ e. V.

Thema: Mobilisierung für den Gegengipfel in Cancun, wo vom 29.11. – 10.12.2010 die Nachfolgekonferenz der Kopenhagener Klimakonferenz stattfindet
Energiekonferenz der Landtagsfraktionen DIE LINKE aus Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und der Bundestagsfraktion „Atomkraft abschaffen! Die Zukunft ist erneuerbar!“

03. – 05.09.2010 Hamburg, „Die Fabrik“, Hamburg-Altona

Tagung „Linke ökologische Programmatik“

11.09.2010 10.00 – 16.00 Uhr, Berlin (genauer Ort noch offen)

Veranstalter: Ökologische Plattform

Kurzreferate: Ökologie als zentrale Frage (T. Gleiss), Kritik des Programmwerfs aus Sicht der Umweltverbände (A. Kruschat, angefragt), Problem Wirtschaftswachstum, Rohstoff- und Energieverbrauch (E. Altvater), Überwindung traditioneller durch eine nachhaltige Ökonomie für eine nachhaltige Entwicklung (H. Rogall), Alleinstellungsmerkmale linker ökologischer Programmatik (E. Bulling-Schröter, angefragt)

„Power to the People“, Internationale Konferenz zu Energiepolitik und Nachhaltigkeit

30.09. – 02.10.2010 Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung

Auto.Mobil.Krise

28. – 30.10.2010 Stuttgart, Rathaus, DGB-Haus, Haus der Wirtschaft

Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Fraktionsgemeinschaft SÖS/DIE LINKE Stuttgart

Koordination und Kontakt: stefan.th@snafu.de, Tel. 0170 8346511, <http://auto-mobil-krise.de>

Themen: Krise und Umsteuern, Konversion, Alternativen der Mobilität, Beschäftigung, Ökologie und E-Autos, Bahn für Alle!, Stadt ohne Auto?

Volksbegehren über die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben „Schluss mit den Geheimverträgen – Wir Berliner wollen unser Wasser zurück“

Träger: Berliner Wassertisch

Unterschriftsabgabe vom 01.07. bis 27.10.2010

IN EIGENER SACHE

Bericht vom Bundestreffen der Ökologischen Plattform am 29./30. Mai 2010 in Rödinghausen (Nordrhein-Westfalen)

Insgesamt waren auf dem diesjährigen Treffen in Nordrhein-Westfalen (Kreis Herford) an den beiden Tagen 42 Mitglieder aus 10 Bundesländern präsent. Traditionell wurde am Vorabend eine Sitzung des Koordinierungsrats abgehalten, die sich diesmal ausschließlich dem organisatorischen Ablauf und der Vorbereitung der auf dem Bundestreffen zu verabschiedenden Dokumente widmete.

Im Bericht des Sprecherrats von Manfred Wolf wurde der Einsatz der Plattform im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf im letzten Jahr gewürdigt. Die ÖPF war nicht nur intensiv an der Mitgestaltung der ökologischen Aussagen des Wahlprogramms beteiligt: Insbesondere die insgesamt 29 ausgearbeiteten und an alle Land- und Kreisverbände, an alle Bundestags- und Landtagsabgeordneten verschickten und auch auf diversen Informationsständen angebotenen Flyer zu ökologischen Themen fanden inner- und außerhalb der Partei eine positive Aufnahme. - In diesem Zusammenhang möchten wir an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, dass grundsätzlich Bestellungen von Materialien nicht befriedigt werden können, da dies unsere finanziellen Möglichkeiten als Zusammenschluss bei Weitem übersteigen würde. Dafür sind aber alle relevanten Dokumente aus dem Internet herunterladbar, und die Vielfältigkeit und Nutzung vor Ort sind von uns ausdrücklich erwünscht.

Zusammen mit der BAG Umwelt-Energie-Verkehr und der AG Umwelt der Bundestagsfraktion wurde eine Programmgruppe gebildet, die der Programmkommission hinsichtlich der ökologischen Aspekte zuführen wird. Am 11. September werden wir eine Konferenz zum Programmentwurf ausrichten, die sich an alle ökologisch Engagierten innerhalb der LINKEN richtet (siehe Termine nebenstehend).

Inhaltliches Hauptthema des Treffens war eine erste, grundlegende Diskussion zum vorliegenden Programmentwurf. Der Entwurf wurde von den Teilnehmern als positiv bewertet. Es gibt aber noch einiges zu verbessern. Hauptschwerpunkt dürfte die Diskussion um den Begriff des Wachstums werden, der leider in diesem ersten Entwurf wieder auftaucht. An einigen Stellen müssen Aussagen klarer formuliert werden, und einige Ergänzungen sind notwendig.

In diesem Jahr standen auch die Wahlen zum Sprecher- und Koordinierungsrat auf der Tagesordnung. Im Vorfeld wurden die zu besetzenden Funktionsfelder und die konkret damit verbundenen Aufgaben ausführlich erörtert. So konnte die Wahl funktions-spezifisch erfolgen.

Insgesamt wurden für 9 Funktionen 14 Mitglieder in den Sprecherrat gewählt.

- Allgemeine Koordination/ Verbindung zu den Parteigremien M. Wolf
- Büro A. Borchardt
M. Hesz
R. Gally
- Finanzen G. Franke
- Kontaktverwaltung P. Beck
- Verbindung zu den Ländern G. Dobmeier
R. Henrichs
- Tarantelredaktion M. Ferst
A. Fogel
- Internetredaktion G. Brandt
U. Dorn
- Koordination der Publikations- und Informationsarbeit M. Böhme
- Zusammenarbeit mit Presse und Verbänden/Öffentlichkeitsarbeit A. Butscher

Von den 14 Mitgliedern kommen 9 aus Berlin/Brandenburg, von den 5 übrigen Sprechern stammen 4 aus den westlichen Bundesländern.

Außerdem wurden wieder Mitglieder für den Koordinierungsrat gewählt. (Dem Koordinierungsrat gehören außer den auf Bundestreffen direkt gewählten Vertretern der Sprecherrat und von den Ländern in den Koordinierungsrat delegierte Mitglieder an.) Neben wiedergewählten Mitgliedern wurden erstmals H. Käss (Niedersachsen), H.-O. Träger (Brandenburg) und W. Wippler (Berlin) in den Koordinierungsrat berufen.

Der in der WASG wurzelnde SALZ e. V. (Soziales, Arbeit, Leben, Zukunft) stellte sich vor und warb für die auf der Konferenz „Ökologie & Sozialismus“ am 13./14.03. des Jahres in Kassel verabschiedete Erklärung „Für eine sozialökologische Wende von unten!“ (siehe S. 5).

Interessiert wurde auch der Vortrag eines Gastreferenten verfolgt, der über die Gefahren des Mobilfunks sprach.

Abends stellte Anne-Kathrein Petreit mit dem Thema „Minangkabau – ein matriarchales Volk der Gegenwart“ Anknüpfungspunkte zur Frage der ökologischen Verträglichkeit von gesellschaftlichen Strukturen her, was die Teilnehmer zu angeregten Diskussionen, auch zu anderen Themen, bis weit in die Nacht bei Bier und nicht alkoholischen Getränken animierte.

Am Sonntag war dann Brigitte Ostmeyer vom Parteivorstand anwesend, die uns über die Konstituierung des neuen Vorstands informierte. Gemeinsam diskutierten wir über die Utopie von Frigga Haugs „4-in-1-Perspektive“, die das Ziel im Auge hat, die vier Bereiche Erwerbsarbeit, die Zeit für die persönliche Reproduktion der Arbeitskraft, für die persönliche Entwicklung und die gesellschaftliche Betätigung gleichberechtigt nebeneinander zu stellen. In diesem Kontext könnte die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens Voraussetzung und Ergänzung dieses Konzepts sein.

Hamide Akbayir von der gastgebenden Ökologischen Plattform Nordrhein-Westfalen, die jetzt auch als Abgeordnete im Landtag für die Themen Umwelt und Energie bei der LINKEN verantwortlich zeichnet wird, berichtete über die Unfähigkeit von SPD und Grünen, über ihren Schatten zu springen. Eine Diskussion zu Sachfragen bei den Sondierungsgesprä-

chen war trotz Übereinstimmung bei $\frac{2}{3}$ aller Themen nicht gewünscht. Wir stimmten darin überein, dass wesentliche Erfolge nur auf der Straße erreicht werden können.

Am zweiten Tag des Bundestreffens wurden zwei Erklärungen und zwei Grußadressen verabschiedet und auch ein Brief an den neuen Parteivorstand formuliert (siehe ff.).

Die Teilnahme am diesjährigen Bundestreffen war lohnenswert und zeigte die gewachsene Substanz der ökologischen Plattform.

Erklärung des Bundestreffens der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE zum vorliegenden Entwurf eines Parteiprogramms

Die Teilnehmer des Bundestreffens vertreten die Auffassung, dass ein Parteiprogramm einer sozialistischen Partei im 21. Jahrhundert den Anforderungen dieser Zeit zum Schutz der natürlichen Lebensbedingungen Priorität einräumen muss. Das Programm muss also die Richtung zu gesellschaftlichen Umbrüchen hin zu einer neuen Produktions- und Lebensweise aufzeigen, die ökologisch und sozial zukunftsfähig ist. Zukunftsfähig können nicht Denkrichtungen sein, die wie auch immer in Gleisen und Gegebenheiten der kapitalistischen Profit- und Wettbewerbsinteressen verhaftet sind. Es muss daher klar werden, dass ein menschenwürdiges Weiterleben für alle Bewohner dieser Erde möglich ist, dies aber nur dann, wenn ein rigoroser Kurs zur Erhaltung der natürlichen Umwelt und Verringerung des Ressourcenverbrauchs in den Industrieländern eingeschlagen wird. Dafür sind die Möglichkeiten einer neuen und besseren Lebensqualität jenseits von steigendem bzw. hohem materiellem Verbrauch sichtbar zu machen.

Die Teilnehmer des Bundestreffens begrüßten, dass der vorliegende erste Entwurf des künftigen Parteiprogramms bereits eine Reihe grundsätzlicher Aussagen enthält, die in diese hier skizzierte Richtung weisen. So sieht der Entwurf vor, dass die LINKE den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland und in Europa als eines ihrer entscheidenden Ziele und wesentliche Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen ansieht. Als eine von drei Grundideen, die gemeinsam das Programm bestimmen sollen, wird die Unterordnung von Wirtschafts- und Lebensweisen unter den Erhalt der Natur genannt. Allerdings konnte der Wesensgehalt dieser Aussagen den Text noch nicht in seiner Ganzheit bestimmen, noch nicht in den programmatischen Aussagen jedes Politikbereichs umgesetzt werden. Aussagen, die in ihrer Wirkung in unterschiedliche Richtungen zielen, schaden der Homogenität und damit der Gesamtwirkung des Programms.

Auf einige wichtige Aspekte wurde auf dem Bundestreffen verwiesen: Im vergangenen Jahr haben die

Wahlprogramme der LINKEN für das Europaparlament und den Bundestag bewusst auf den Begriff Wirtschaftswachstum verzichtet. Im künftigen Parteiprogramm kann es nicht nur darum gehen, nicht mehr hinter diese erreichte Erkenntnis zurück zu fallen, sondern es kommt darauf an, endlich offensiv ein Wirtschaften ohne wachsenden, ja mit stark rückläufigem Ressourcenverbrauch einzufordern. Und nicht nur das: Es müssen die Konturen einer Gesellschaft der Genügsamkeit, der Harmonie zwischen Menschen und Natur, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit skizziert werden. Ein Wirtschaften mit stark rückläufigem Ressourcenverbrauch ist sofort und dann möglich, wenn überflüssige Produktionen beginnend mit Rüstung und Luxusgütern, einschließlich der Werbung, rigoros abgeschafft werden und wenn bei lebensnotwendigen Artikeln wieder auf Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit umgestellt wird. Im Programm einer sozialistischen Partei muss auf diese Wege hingewiesen werden, auch wenn die Widerstände für ihr Begehen noch schier unüberwindlich scheinen.

Das Programm muss klar machen, dass weiteres Wirtschaftswachstum in dieser Zeit in den hochentwickelten Ländern nicht mehr als Voraussetzung für Arbeitsplatzsicherung und menschenwürdiges Leben gilt und auch nicht gelten kann. Es muss Aufgabe der Gesellschaft sein, bei kontinuierlicher Schrumpfung des Ressourcenverbrauchs und der materiellen Produktion das Lebensnotwendige zu produzieren und bereit zu stellen sowie durch eine gerechte Verteilung der zu leistenden Arbeit und ihrer Ergebnisse allen Bürgern ein erfülltes Leben in gesunder Umwelt zu sichern.

Die TeilnehmerInnen des Bundestreffens bedauern, dass im Programm nicht dargestellt wird, dass aufgrund des nahen Endes einer mehr als 200-jährigen Periode mit wirtschaftlichem Wachstum und Übernutzung der Ressourcen auch das kapitalistische System nicht zukunftsfähig ist, da es auf Wachstum angewiesen ist.

Erst wenn wir in den Fragen Wachstum und eigene Ansprüche an den materiellen Verbrauch zu einer eindeutigen Umkehr gekommen sind, können wir auch glaubhaft reale und wirksame Positionen in Bezug auf soziale und ökologische Gerechtigkeit für alle Länder und Erdbewohner beziehen. Diese gehören aber als die andere Seite des Problems gleichermaßen klar und rigoros in unser Programm. Die Wege dazu sind die Umstellung der sogenannten Entwicklungshilfe auf Hilfe zur Selbsthilfe. Durch die Herstellung gerechter Wirtschaftsbeziehungen sind die Bedingungen zu schaffen, die den Entwicklungsländern die Eigenversorgung mit dem Lebensnotwendigen, die Verfügung über ihre eigenen Ressourcen und gleichberechtigte Teilnahme am internationalen Warenaustausch möglich machen.

Wir werden auf einer Programmkonferenz im Herbst 2010 auch diskutieren, welche konkreten ökologischen Aussagen das Programm zusätzlich enthalten sollte.

Rödinghausen, 30.05.2010

Erklärung der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE zur Ölkatastrophe im Golf von Mexiko Industriekatastrophen müssen vermieden werden!

Die zweite Ölkatastrophe im Golf von Mexiko innerhalb weniger Jahrzehnte wäre bei Verantwortung und Achtung vor dem höchsten Gemeingut der Menschheit, der Umwelt, seitens der Wirtschaft und der von ihren Interessen geleiteten Politik zu vermeiden gewesen.

Es ist immer dasselbe. Wenn es um Maximalprofite geht, werden Warnungen vor dem Einsatz gefährlicher Technologien in den Wind geschlagen und gutbekannte, erprobte und angewandte Sicherheitsvorkehrungen für die Vermeidung von Havarien unterlassen. Daher kann man in solchen Fällen wie dem aktuell von BP verursachten nicht einfach von Unfall oder Unglück sprechen. Es handelt sich um eine grob fahrlässige, mit hoher krimineller Energie betriebene Vorgehensweise eines weltweit agierenden Wirtschaftskonzerns, bei der die Politik ihre Aufsichts- und Vorsorgepflicht sträflichst und bewusst unterlassen hat.

Die Katastrophe vor der Küste der USA mit unermesslichen und in ihrer Gänze noch gar nicht abzusehenden Schäden und Zerstörungen der Ökosysteme im Ozean und an den Küsten kann nur als dringendes Signal und Mahnung an die Menschheit verstanden werden, sich energisch von der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern wie Öl, Kohle sowie Atomkraft zu verabschieden. Es muss flächendeckend unter Nutzung vornehmlich regionaler und lokaler Möglichkeiten zum Ausbau und zur Anwendung erneuerbarer Energien übergegangen werden. Dazu muss die Macht der Energiekonzerne gebrochen werden, die Energieautonomie der Kommunen vorangetrieben und der Gesellschaft die für eine nachhaltige und menschenwürdige Lebensweise erforderliche Energie erschwinglich bereitgestellt werden.

Die Teilnehmer des Bundestreffens
Rödinghausen, 30.05.2010

Grußadresse der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE an die Initiative „Pro Mosel“

Liebe Heide (*Heide Weidemann, eine der Ansprechpartnerinnen der AG Pro-Mosel gegen den Bau der Hochmoselbrücke für die B50 und Landesvorsitzende BUND Rheinland-Pfalz - Anm. d. Red.*), liebe Freunde der Initiative „Pro Mosel“, die TeilnehmerInnen des Bundestreffens der Ökologischen Plattform (ÖPF) bei der LINKEN in Röding-

hausen (NRW) möchten Euch auf das herzlichste grüßen und Euch unsere moralische Unterstützung in Eurem Kampf gegen den Bau der Moseltalbrücke versichern.

Gerne denken wir an Eure Gastfreundschaft vor zwei Jahren im Moseltal und an Eure landschaftlichen und kulinarischen Argumente gegen dieses wahnwitzige Projekt zurück. Wir nehmen unser Bundestreffen zum Anlass, uns wiederum an die verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag Sabine Leidig zu wenden, mit der Bitte, sich verstärkt gegen diese gigantische, unnötige und die Landschaft zerstörende Brücke sowohl bei der Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplanes als auch in der Haushaltsdebatte 2011 einzusetzen.

Wir wünschen Euch weiterhin viel Kraft und Ausdauer, möge es Euch im Verbund mit anderen gelingen, den unvernünftigen Bau dieses Verkehrsprojektes als ein vorrangiges Wahlkampfthema im kommenden Landtagswahlkampf zu platzieren.

Jedem Genießer und Liebhaber von einem herrlichen Schluck Moselriesling muss klar werden, wie gefährdet sein Lieblingswein durch diesen Bauwahnsinn ist.

Nochmals viel Grüße
Petra Beck
Sprecherin der ÖPF
Rödinghausen, 30.05.2010

Grußadresse der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE an den Sonntagsspaziergang gegen die Atommülltransporte nach Ahaus

Das Bundestreffen der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE schickt dem außerordentlichen Sonntagsspaziergang gegen die drohenden neuen Atommülltransporte nach Ahaus seine solidarischen Grüße. Die absurden geplanten Hin-und-Her-Transporte des Strahlenmülls zwischen verschiedenen Atomanlagen sollen verschleiern, dass es kein sicheres Endlager gibt, und der Bevölkerung eine sichere „Entsorgung“ vorgaukeln. Stattdessen gehen von ihnen zusätzliche Gefahren für die zahlreichen AnwohnerInnen der Transportstrecken aus.

Wir rufen auch die Mitglieder unserer Partei DIE LINKE dazu auf, sich an den anstehenden Protest- und Widerstandsaktionen gegen diese Transporte zu beteiligen oder sie nach Kräften zu unterstützen! (Kontakt und Infos: www.kein-castor-nach-ahaus.de) Unsere Abgeordneten in Bundestag, Landtagen und Kommunen fordern wir auf, diesen Protest in die Parlamente zu tragen.

Die Teilnehmer des Bundestreffens
Rödinghausen, 30.05.2010

Information zum Stand der Programmdebatte

Götz Brandt

Am 26.02.2010 hat sich eine offene Arbeitsgruppe „Parteiprogramm“ konstituiert. Es arbeiten Mitglieder der Bundestagsfraktion, des Parteivorstandes, der Ökologischen Plattform und der BAG Umwelt-Energie-Verkehr mit. Eine erste Einschätzung des Programmentwurfs erfolgte am 09.04.2010. Es wurden folgende erste, unvollständige und persönliche Meinungen der Mitglieder der Arbeitsgruppe geäußert:

Es wird im Programmentwurf nicht angedeutet, für welchen Zeitraum das Programm gelten soll und wie viel Zeit wir noch für einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft haben. Eigentlich ist er schon überfällig.

Erfreulich ist, dass die soziale Frage, die ökologische Frage und die Eigentumsfrage miteinander verbunden und grundsätzlich dargestellt werden. Das unterscheidet unser Programm von denen der Grünen und der SPD, die auch einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft fordern. Gegenüber den vorherigen Programmen wird damit eine neue Qualität erreicht.

Der ökologische Faden durch das Programm ist aber unterbrochen und nicht durchgehend geführt, und es sind zahlreiche Lücken vorhanden. Dabei muss aber positiv hervorgehoben werden, dass sich ein Abschnitt mit der „Zentralität der ökologischen Frage“ befasst und dieses erstmalig in einem Parteiprogramm der LINKEN so formuliert wurde. Es fehlt aber im Programm die „Zentralität der ökologischen Antwort“ auf die formulierten Fragen im Abschnitt „Sozial-ökologischer Umbau“. Es gibt z. B. keine Antworten, wie die „drastische Reduzierung von Stoff- und Energieumsätzen“ erfolgen soll und wie weit diese gehen soll. Es wird die Frage nicht beantwortet, wie gesichert wird, dass „der Profit bei der Produktion nicht mehr die oberste Maxime hat“, welche „sozial-ökologischen Ziele“ anstelle des Profits treten und wie eine „mit der Umwelt verträgliche Lebensweise“ und ein „neuer Wohlstandstyp“ definiert werden.

Der Begriff „sozial-ökologischer Umbau“ wird auch von den Grünen und der SPD benutzt. In unserem Programm muss herausgearbeitet werden, wie sich der von uns angestrebte Umbau vom Umbauziel der anderen Parteien abhebt und verschieden ist.

Beim Abschnitt Energiepolitik fehlen wichtige Ziele, wie z. B. die Verhinderung des Baues von Kohlekraftwerken, das Ziel der Energieautarkie von Kommunen und Regionen und die Lagerung von Atom- und Atom-Abfall, um nur einige zu nennen.

Ein wichtiger Diskussionspunkt wird die Klärung der Wachstumsproblematik sein. Einerseits wird im Programm festgestellt, dass „eine ökologisch nachhaltige Entwicklung im Widerspruch zur kapitalistischen

Wachstumslogik steht“, und andererseits soll ein Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik durch „ein sozial und ökologisch gesteuertes, selektives Wachstum“ erfolgen. Eine grundsätzliche Aussage zum Wirtschaftswachstum und dem Ressourcenverbrauch fehlt im Programm.

Besser herausgearbeitet werden muss auch das Problem, dass die ökologische Frage eine Systemfrage ist.

Im Abschnitt Verkehr fehlt eine grundsätzliche Aussage zur Autogesellschaft, die bei uns und im weltweiten Maßstab keine Zukunft hat.

Angesichts der Tatsache, dass sich die ländlichen Räume entleeren, der Futtermittelimport immer mehr wächst und der Fleischexport in andere Länder zunimmt, müssen die agrarpolitischen Ziele umfangreich dargestellt werden. Es fehlt auch ein Hinweis zum Tierschutz.

Bei der Aufzählung der Bedingungen für ein Mitregieren fehlen ökologische Bedingungen.

Insgesamt müssen die Brisanz der weltweiten unge lösten und anwachsenden ökologischen Probleme und der Zusammenhang zwischen fehlenden ökologischen Lebensgrundlagen und der sozialen Frage schon in der Präambel herausgearbeitet werden.

Wir sollten uns auf die zum Bundestagswahlkampf erarbeitete Broschüre „Wessen Welt ist die Welt“ bei der weiteren Qualifizierung des Parteiprogramms stützen.

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob wir das Programm nur verbessern, erweitern und verändern, also Konzentration auf die konkrete Textarbeit, oder ob wir einen umfangreichen Umweltscheid ausarbeiten sollten.

PS.: Meinung der MdB Dagmar Enkelmann auf der 2. Ökologischen Konferenz des Landes Brandenburg am 24.04.2010: Im Programm fehlt der durchgehende rote-ökologische Faden. Noch vorhandenes Stückwerk in Form von „Abschnittsökologie“ muss überwunden werden. Das Wachstumsthema muss unter dem Blickwinkel der Zukunftsfähigkeit klar herausgearbeitet werden. Fragen wie z. B.: Was ist eine neue Lebensweise? Wie soll die Rekommunalisierung der Energie erfolgen? müssen beantwortet werden und dürfen nicht als Forderungen stehen bleiben.

PS.: Antrag des KV Calw zum Parteitag: Das Parteiprogramm muss eine klare Aussage enthalten, warum die Menschheit gezwungen ist, eine postkapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu entwickeln. Gleichzeitig soll eine Vision der Grundzüge dieser neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsform erarbeitet werden.

*Wer sich mit der Natur verträgt,
dem tut sie nichts.*

Henry Miller

GESELLSCHAFT UND PERSPEKTIVEN

Wie schafft man ökologischen Sozialismus? Über Wege zu einem umweltfreundlichen, antikapitalistischen Gesellschaftssystem

Hans-Gerd Öfinger

Über die drohende Klimakatastrophe als „Herausforderung für einen neuen Internationalismus“ diskutierten am Wochenende in Kassel 80 Vertreter linker Strömungen inner- und außerhalb der LINKEN. Zur „Konferenz für Ökologie und Sozialismus“ hatten die Bildungsgemeinschaft SALZ und die Rosa-Luxemburg-Stiftung geladen.

Mit der Konzentration der jüngsten Konjunkturprogramme auf Straßenverkehr, Abwrackprämien, Subventionen für die Autokonzerne und Steuererleichterungen sei gezielt eine „Dinosaurierstruktur“ gestärkt worden, die „hauptverantwortlich für die Umwelt- und Klimakrise ist“, kritisierte Winfried Wolf, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac und SALZ. Ein Drittel des Umsatzes der 500 weltgrößten Unternehmen entfalle auf die Bereiche Öl, Auto und Flugzeugbau. Diese Marktmacht durchdringe alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Die auf chinesische Umweltpolitik spezialisierte Sinologin Eva Sternfeld stellte die mit der rasanten industriellen Entwicklung in China einhergehenden Umweltprobleme dar, die auch zu sozialen Konflikten führen könnten.

„Eine ökologisch verantwortbare Wirtschaftsweise ist nur unter der Voraussetzung einer gesamtgesellschaftlichen Planung möglich“, sagte der Mediziner und Ökosozialist Klaus Engert. „Kapitalisten machen keine Fünfjahrespläne. Sie planen teilweise erheblich länger voraus“, so Engert. Weil „gesamtgesellschaftliche Planung im Kapitalismus nicht funktionieren“ könne, sei eine ökologisch verantwortbare Planwirtschaft erforderlich. „So viel Zentralismus wie nötig, soviel Regionalisierung wie möglich“, so seine Überzeugung. Damit könnten auch Mängel der früheren zentralisierten Planwirtschaften des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) vermieden werden. Erst eine massive Verkürzung und Umverteilung der notwendigen Arbeitszeit könnte die Voraussetzung für eine demokratische Basisstruktur schaffen.

Hier widersprach ihm der Mainzer Bruno Kern von der Initiative Ökosozialismus. Er bezweifelt, dass eine rational geplante ökologische Wirtschaft automatisch eine Arbeitszeitverkürzung ermögliche. So sei in einer künftigen Gesellschaft etwa der zusätzliche Bedarf an Arbeitskräften im Pflegebereich enorm, und es müssten schon aufgrund der Begrenztheit der Energiereserven wieder arbeitsintensivere Ver-

fahren, etwa in der Landwirtschaft, eingeführt werden.

Dabei gebe es nur ein schmales Zeitfenster: „Es ist fraglich, ob wir angesichts der knapper werdenden Zeit, in der uns die fossile und Rohstoffbasis immer schneller wegbricht, die theoretisch vorhandenen Potenziale erneuerbarer Energien wirklich umsetzen können“, warnte Kern. Wer die Energiebilanz einer Photovoltaikanlage ehrlich erstellen wolle, der müsse anteilmäßig bei der Produktion der Bagger anfangen, die den Sand zur Siliziumherstellung fördern, gab er zu bedenken und plädierte für eine „Ökonomie des Genug“, die sich „vom parasitären Charakter unseres Scheinwohlstands verabschiedet“.

Im Übergangsprozess mit dem Ziel einer „freien Assoziation der Produzenten“ komme es auch maßgeblich darauf an, dass die Belegschaften „ihre Kompetenz einbringen“, so der Politikwissenschaftler Frieder Otto Wolf. „Wir müssen positiver formulieren, was wir wollen, und nicht, was wir abschaffen wollen“, resümierte Engert die Diskussion. So sei es besser, für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr zu werben, als Anti-Auto-Parolen zu verbreiten.

„Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen zerstört Menschen und Natur“, stellte der Arbeitswissenschaftler Jürgen Klippert fest. Menschen in der Erwerbsarbeit würden zunehmend überbeansprucht, Gefahrstoffen und unerträglichen physischen Anforderungen ausgesetzt und somit „ihrer Würde beraubt“. Die Möglichkeiten von Entwicklung und sozialer Teilhabe könnten durch andere Formen der Arbeit, etwa Haus- oder Eigenarbeit, nur bedingt ausgeglichen werden. Auch ein bedingungsloses Grundeinkommen kompensiere nur die wirtschaftlichen Defizite, könne jedoch nicht die Zerstörung des Arbeitsvermögens aufhalten. Klipperts Thesen sollen Anfang 2011 beim SALZ-Kongress zum Thema „Arbeit und Ökologie“ diskutiert werden.

Mit einer Abschlusserklärung (*siehe S. 6 – Anm. d. Red.*) endete der Kongress am späten Sonntagnachmittag. Die Beschlussvorlage sieht die Menschheit vor der Alternative „Ökosozialismus oder Barbarei“ und lehnt sich die ökosozialistische Erklärung von Belém an, die während des Weltsozialforums im Januar 2009 in Brasilien zur Bildung eines internationalen Ökosozialistischen Netzwerks verfasst worden war.

SALZ (Soziales, Arbeit, Leben und Zukunft) ist eine der LINKEN nahestehende Bildungseinrichtung.) Mehr Infos unter www.bildungsgemeinschaft-salz.de

Quelle:

Neues Deutschland 15.03.2010

Die Probleme, die es in der Welt gibt, sind nicht mit der gleichen Denkweise zu lösen, die sie erzeugt haben.

Albert Einstein

Ökologische & Sozialistische Erklärung Kassel. Für eine ökosozialistische Wende von unten!

**SALZ-Konferenz für Ökologie & Sozialismus,
Kassel, 13./14.03.2010**

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Beschlusskonferenz im Anschluss an die von der Bildungsgemeinschaft SALZ e. V. ausgerichtete Konferenz zu Ökologie und Sozialismus in Kassel unterstützen die ökosozialistische Erklärung von Belém, die aus der Weltsozialforumsbewegung heraus entstanden ist, und verstehen sich als Teil der weltweiten ökosozialistischen Bewegung.

Die kapitalistische Produktionsweise ist mit einem ökologisch verantwortlichen Wirtschaften und einer lebenswerten zukunftsfähigen Welt nicht vereinbar. Ihre Triebkraft ist das grenzenlose Streben nach höchstmöglichem Profit, und die Konsequenz daraus ist der Zwang zu einem Wachstum, das mit den begrenzten Ressourcen der Erde unvereinbar ist.

Als Ergebnis der Vorbereitung und der Debatten unserer Konferenz halten wir fest:

Die Erwärmung der Erdatmosphäre durch den Ausstoß von Treibhausgasen gefährdet das Überleben der Menschheit und bedroht sie akut mit unabsehbaren Katastrophen.

Die überwiegende Mehrheit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fordert eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 90 % bis 2050, das entspricht einer Reduktion auf eine Tonne pro Kopf und Jahr. Doch nicht einmal die offiziellen und völlig unzureichenden, von den Herrschenden der reichsten Industriestaaten bestimmten Klimaziele können im Rahmen der bestehenden Verhältnisse erreicht werden. In den ersten vier Jahren des 21. Jahrhunderts war der jährliche Zuwachs der globalen CO₂-Emissionen fast dreimal so hoch wie in den 1990er Jahren, trotz des Kyoto-Protokolls. Die sogenannten marktwirtschaftlichen Lösungen mit Biosprit und Handel mit Emissionsrechten verschärfen das Problem des Hungers in der Welt, von dem bereits eine Milliarde Menschen betroffen sind, und verschaffen den Großkonzernen und großen Kapitalgruppen zynisch die Möglichkeit, auch noch ihre umweltvernichtenden Aktivitäten in klingende Münze zu verwandeln – zu Lasten des ärmeren Teils der Menschheit und insbesondere zu Lasten der Ärmsten der Armen, die die ersten Opfer der aktuellen und bevorstehenden Umweltkatastrophen sind. Angesichts der objektiven Grenzen des Wachstums erteilen wir jeder Wirtschaftspolitik eine Absage, die versucht, die derzeitige Krise durch Fortsetzung des Wachstumswahns und Konsumsteigerung zu lösen.

Wir fordern die radikale Umstellung auf erneuerbare und saubere Energiequellen wie Windkraft, Geothermie, Wellen- und Sonnenenergie.

Uns ist bewusst: Auch bei konsequentem Ausbau der zur Verfügung stehenden erneuerbaren Energien

und bei Ausschöpfung der Effizienzpotenziale werden wir in Zukunft mit erheblich weniger Nettoenergie auskommen müssen als bisher.

Das stellt nicht nur unsere kapitalistische Wirtschaftsweise radikal in Frage. Das Wegbrechen der fossilen Ressourcen einerseits, die nicht im selben Maß durch andere Energiequellen ersetzt werden können, und die Notwendigkeit, die Treibhausgasemissionen schnell und erheblich zu reduzieren, stellen unsere Industriegesellschaft insgesamt zur Disposition. Der unausweichliche Prozess des Rück- und Umbaus bedeutender Teile der Industrie muss politisch gestaltet und geplant werden. Was, wie und wie viel produziert wird, darf nicht länger kapitalistischen Einzelinteressen überlassen, sondern muss demokratisch entschieden werden.

Wir fordern die sofortige Einstellung der Produktion von Massenvernichtungsmitteln und Kriegswaffen.

Gerade angesichts der drohenden und von den Militärstrategen bereits geplanten Ressourcenkriege ist dies dringender als je zuvor.

Wir fordern den Stopp des Baus von Kohlekraftwerken und des Missbrauchs von Nutzpflanzen zur Kraftstoffherstellung.

Wir fordern die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen wegen ihrer unabsehbaren Risiken und des unlösbaren Problems der Entsorgung der nuklearen Abfälle.

Wir fordern den großzügigen Ausbau des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs auf der Schiene und die drastische Reduktion des PKW- und LKW-Verkehrs auf der Straße. Für den Verkehr auf den Weltmeeren und in der Luft fordern wir den Umstieg auf Segelschifffahrt und Luftschiffe.

Der dringend erforderliche Umbau der Industriegesellschaft zu einer postindustriellen Gesellschaft muss dazu führen, dass nicht immer mehr, sondern sehr viel weniger Energie verbraucht wird. Dafür ist eine Entschleunigung des Lebens nötig und eine ganz andere Gestaltung des Raums, die dafür sorgt, dass die täglichen Wege zur Arbeit, zur Freizeitbetätigung und zum Wohnen drastisch verkürzt werden. Dazu gehören die schrittweise Aufhebung der Unterschiede zwischen Stadt und Land und die völlige Umgestaltung der Millionenstädte zu einer den Menschen förderlichen und angenehmen Umwelt.

Für die Landwirtschaft fordern wir ein Ende der Agrarindustrie, des intensiven Getreideanbaus, der hypertrophen Weidewirtschaft zur Produktion ungesunder Mengen an Fleisch, der gigantischen Monokulturen, des Einsatzes der Gentechnik. In Übereinstimmung mit der weltweiten Bauernbewegung Via Campesina fordern wir stattdessen die Förderung der Relokalisierung der Versorgung mit Lebensmitteln, die Förderung der bäuerlichen familiären Kleinwirtschaften und der selbstverwalteten Genossenschaften auf dem Lande sowie die Wiederfruchtbarmachung des bislang vernichteten bebaubaren Bodens. Die ökologisch verantwortliche Produktion einer ausreichenden Menge an gesunden und ansprechenden Lebensmitteln ist möglich, aber nicht, wenn die Plusmacherei des großen Kapitals und die Macht von Großgrundbesitzern weiter die landwirtschaftli-

che Produktion beherrschen.

Die Beseitigung des Bodenmonopols ist eine Grundbedingung für die Lösung der wichtigsten ökologischen Probleme. Nötig sind weiterhin die Flächenbindung für die Viehwirtschaft, das Verbot von Futtermittelimporten, das Verbot von Exportsubventionen, da sie bäuerliche Strukturen in der Dritten Welt zerstören, die schrittweise Reduzierung des Einsatzes von Kunstdünger und Pestiziden.

Ziel ist eine Landwirtschaft, die sich an den natürlichen Kreisläufen orientiert.

Die Ressourcen der Erde sind von erheblichem öffentlichen Interesse, und alles für die menschliche Gesellschaft insgesamt Bedeutende muss endlich gesellschaftlich kontrolliert und verwaltet werden.

Wir fordern daher die Vergesellschaftung der großen Produktionsmittel, Überführung der Energieversorgung in öffentliche Hände, Vergesellschaftung aller Bereiche der Daseinsvorsorge und auch der Banken und Versicherungsgesellschaften. Die Banken dürfen die Gesellschaft nicht wie bei der jüngsten Finanzkrise in Geiselschaft nehmen können; die Verteilung von Kreditmitteln ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Dabei ist den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Beschlusskonferenz für Ökologie & Sozialismus bewusst, dass Verstaatlichung nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die öko-sozialistische Wende ist.

Wenn Verstaatlichungen dazu führen, dass nur eine kleine Minderheit von Verwaltern das Sagen hat, dann werden diese tendenziell zu Lasten der großen Mehrheit der Menschen und zu Lasten der Natur zum eigenen Vorteil wirtschaften.

Die Erfahrungen mit einem scheinbar „sozialistischen“ Produktivismus haben gezeigt, dass die demokratische Kontrolle von unten und die Teilhabe der Beschäftigten sowie der Konsumentinnen und Konsumenten an der Verwaltung der Betriebe und an den großen wirtschaftlichen Richtungsentscheidungen eine Voraussetzung dafür ist, dass ein ökologisch verantwortliches und auf die Bedürfnisse ausgerichteter Wirtschaften erreicht werden kann. Darum erfordert die ökosozialistische Wende die gleichmäßige Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit auf alle und die Sicherung der materiellen Existenz aller zu menschenwürdigen Bedingungen.

Freiheit von Existenzangst und freie Zeit sind erforderlich, um die Teilhabe aller an der Verwaltung und am Meinungsbildungsprozess über das, was gesellschaftlich notwendige Arbeit ist, zu ermöglichen.

Bei einer Wende zu ökologisch verantwortlichem Wirtschaften, bei dem schädliche und überflüssige Produktionen und Produktlinien aufgegeben werden, bei dem Boden, Wasser und Luft nicht weiter vergiftet, verschmutzt und vernichtet werden, kann viel überflüssige Arbeit (Waffenindustrie, unsinnige Konsumgüter, Massenproduktion von ökologisch im heutigen Ausmaß nicht mehr tragfähigen Gütern wie Autos etc.) eingespart werden. Andererseits ist die bisherige hohe Produktivität zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass lange Zeit ausreichend und preiswert billige Energie zur Verfügung stand. Diese

Voraussetzung ist aber bald nicht mehr gegeben. In vielen Bereichen werden wir wieder auf energieärmere Produktionsverfahren zurückgreifen müssen. Die erreichte hohe und jede höhere Arbeitsproduktivität aber muss dafür genutzt werden, den Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen.

Qualitatives Kriterium eines erhöhten Lebensstandards ist, sobald die Grundbedürfnisse befriedigt werden, die Ausdehnung der freien Zeit für vielfältige selbstbestimmte und schöpferische kulturelle Betätigung und Selbstentfaltung, für die Gestaltung liebevoller Beziehungen sowie für die Betreuung von Kindern und allen hilfsbedürftigen Menschen. Dabei ist für uns selbstverständlich, dass die sogenannte Reproduktionsarbeit unter Männern und Frauen gleichmäßig aufgeteilt werden muss. Erst dann werden die vielfältigen Benachteiligungen und Diskriminierungen der Frauen restlos verschwinden können.

Gerecht aufgeteilt werden müssen auch die Lasten des ökologischen Umbaus.

Die reichen Industrieländer müssen den ärmeren und armen Ländern helfen, die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerungen so rasch wie möglich befriedigen zu können. 500 Jahre Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus verpflichten dazu. Ansprechende Lebensmittel, Zugang zu sauberem Wasser, zu Bildung und Kultur darf nicht das Privileg einer Minderheit der Weltbevölkerung bleiben.

Auch hierzulande stellt sich die Frage der sozialen Gerechtigkeit dringender als je zuvor. In Zukunft geht es nicht mehr einfach um eine möglichst gerechte Aufteilung eines Wohlstandskuchens, sondern um knapper werdende Ressourcen und um ein qualitativ anders gestaltetes Leben. Es darf auf keinen Fall die Situation eintreten, dass sich die Reichen weiterhin einen hohen Umweltverbrauch leisten können, während es den Armen am Nötigen fehlt. Um das zu vermeiden, ist aber bewusste politische Gestaltung nötig (Festsetzung von Preisen und Tarifen, Ressourcenzuteilung, Quotenvergaben ...). Marktwirtschaftliche und rein fiskalische Instrumente (wie z. B. „Ökosteuern“) müssen hier zwangsläufig versagen.

Eine Abkehr von unserem derzeitigen Konsumstil wird gesellschaftlich nur dann akzeptiert werden können, wenn sie gerecht und solidarisch gestaltet wird. Eine konsequente Umverteilungspolitik von oben nach unten ist daher eine notwendige Voraussetzung für eine gelingende ökologische Wende. Wir wenden uns mit dieser Erklärung insbesondere an die sozialen Bewegungen, die Gewerkschaften und die politischen Parteien und Organisationen der Linken. Wir brauchen die gemeinsame Aktion für die dringend nötige ökosozialistische Wende. Stellvertreterpolitik in den überkommenen politischen Institutionen kann diese Wende nicht bringen, sondern nur die Mobilisierung und Selbstorganisation der abhängig Beschäftigten und der Erwerbslosen zusammen mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Lasst uns alle unsere Ressourcen, Ämter und Mandate gemeinsam dafür nutzen, aufzuklären und alles dafür zu tun, dass eine mächtige, betriebs- und ortsübergreifende und internationale Bewegung entsteht,

die die bestehenden Verhältnisse umstößt zugunsten einer globalen ökosozialistischen Demokratie! Wir befürworten die Arbeit eines organisations- und strömungsübergreifenden ökologischen & sozialistischen Arbeitskreises im Rahmen der politischen Bildungsarbeit von SALZ, der sich an der Meinungsbildung des internationalen ökosozialistischen Kreises beteiligt, der die Erklärung von Belém erarbeitet hat.

Quelle:

http://www.bildungsgemeinschaft-salz.de/bilder/standard_23_03_erklaerung_beschlusskonferenz_kassel_2010-1.pdf

Unterstützung und Unterzeichnung:
salzkreis@gmx.de, salzkreis@yahoo.de

Ökosozialismus oder „Green New Deal“. Ist ökologisches Wachstum noch möglich? Entwicklung statt Wachstum

Saral Sarkar

Bei der Attac-Diskussion geht es um drei alte Fragen. A: Kann die Wirtschaft überhaupt weiter wachsen, ohne die Umwelt zu zerstören und die Ressourcen zu erschöpfen (nachhaltiges Wachstum)? B: Wenn ja, ist das im Rahmen des Kapitalismus möglich? Und C: Wenn nein, d. h. wenn die Wirtschaft eine stationäre sein oder gar schrumpfen soll, ist das im Rahmen des Kapitalismus machbar?

Ökonomen, die meinen, die Wirtschaft könne nachhaltig wachsen, setzen auf die gegenwärtigen Möglichkeiten und angenommenen Potenziale erneuerbarer und mithin umweltfreundlicher Ressourcen. Außerdem hoffen sie auf Recycling. Die Frage, ob ihre Hoffnungen realistisch sind, ist schwer objektiv zu beantworten. Hoffnung ist per se eine subjektive Sache, die Zukunft ist ja, im Prinzip, nie unfehlbar vorhersagbar. Darum stirbt die Hoffnung zuletzt. Trotzdem müssen wir versuchen, die Frage objektiv zu beantworten. Denn wir sind gezwungen, heute Entscheidungen für die Zukunft zu treffen.

Hier ist eine Unterscheidung wichtig. Der Menschheit ist die Mondlandung gelungen, aber es ist ihr noch nicht gelungen, Kohle- und Atomkraftwerke durch Solar- oder Windkraftwerke zu ersetzen. Warum? Warum gibt es sogar Widerstand dagegen? Beim Projekt Mondlandung ging es um einen Menschheitstraum. Wir waren bereit, jede Menge Ressourcen – Energie, Materialien, Arbeit – aufzuwenden, um diesen Traum zu verwirklichen. Aber Energie (z. B. Strom) ist heute ein banales Produkt. Wir sind nicht bereit, mit, sagen wir, zehn Einheiten Energieaufwand neun Einheiten Energie gleicher Qualität zu ernten (negative Energiebilanz). Das macht keinen Sinn.

Aber die Protagonisten bestreiten, dass die Energiebilanz von Solarkraftwerken usw. negativ ist. Diese

Debatte ist alt. Bei der Geldbilanz einer Firma ist es leicht festzustellen, ob ihr Netto-Ertrag positiv oder negativ ist. Aber aus technischen Gründen ist es schwierig, die Energiebilanz einer bestimmten Technologie zur Energieproduktion genau zu beziffern. An dieser Stelle ist es nicht möglich, ausführlich über diese Debatte zu referieren. Ich will den Leser nur informieren, dass etliche Forscher die Energiebilanz der meisten Technologien zur Produktion von erneuerbaren Energien für negativ oder zu wenig positiv halten. (Für detaillierte Argumente dafür siehe die angegebenen Werke des Autors.)

Ein für Laien verständliches Argument für diese Meinung ist die rhetorische Frage: Warum will Indien, das reich an Sonnenschein und Wind, aber arm an Öl und Uran ist, weiterhin viel teures Öl importieren und neue Kohle- und Atomkraftwerke bauen, statt hauptsächlich auf Solar- und Windkraft und auf Solarwasserstoff als Speichermedium zu setzen? Eine zweite solche Frage ist: Wieso brauchen erneuerbare Energien noch Subventionen, die ja von der Gesamtwirtschaft kommen, die größtenteils von nicht-erneuerbaren und umweltschädlichen Energien getrieben wird?

Viele hoffen, dass technologische Entwicklung es bald schaffen würde, dass die Erneuerbaren reichlich positive Energiebilanzen aufweisen. Aber keine Technologie kann das Entropiegesetz (den zweiten Hauptsatz der Thermodynamik) aufheben. Die Energie von Sonne und Wind ist uns nur in sehr dissipierter (hoch entropischer) Form verfügbar, was eine kosmologische Konstante jenseits unserer Kontrolle ist. Sie muss zuerst mit sehr viel Energieaufwand konzentriert werden. Darum ist es unwahrscheinlich, dass diese Energietechnologien je eine so reichlich positive Energiebilanz erlangen wie die konventionellen. Das Entropiegesetz gilt auch für Materie. Darum ist 100-prozentiges Recycling ausgeschlossen. Aus diesen Gründen wird nachhaltiges Wirtschaftswachstum unmöglich bleiben.

Aber ist nicht noch eine andere Art von Wachstum möglich? Der Begriff Bruttoinlandsprodukt (BIP) bereitet uns einige Probleme. Unbezahlte Wirtschaftsleistungen misst er überhaupt nicht. Jeder solchen Leistung könnte man einen Geldwert zuschreiben und so die BIP-Ziffer aufblasen. Das wäre aber kein wirkliches Wachstum.

Problematisch ist auch, dass das BIP nichts über die Qualität einer Wirtschaftsleistung sagt. Auch solche, die keinen Nutzen bringen, lassen das BIP wachsen. Zu dieser Kategorie gehören die sogenannten defensiven und kompensatorischen Kosten, z. B. die Arbeit von Soldaten oder der Wiederaufbau einer durch ein Erdbeben zerstörten Stadt. Für die Volkswirtschaft sind solche Leistungen eigentlich Kosten, kein Einkommen. Dadurch werden Ressourcen verbraucht, ohne dass irgendein zusätzlicher Nutzen generiert wird.

In diesem Zusammenhang ist Herman Dalys Unterscheidung zwischen Wachstum und Entwicklung sehr nützlich: „Eine wachsende Wirtschaft wird größer, eine sich entwickelnde Wirtschaft wird besser.“ Eine wachsende Wirtschaft schafft mehr BIP durch

mehr Ressourcenverbrauch, eine sich entwickelnde schafft mehr Nutzen bei gleichem Ressourcenverbrauch.

Entwicklung kann auch von Erhöhung der Ressourcenproduktivität auf der Makroebene kommen. Erhöhung der Arbeitsproduktivität erfordert aber immer höheren Ressourcenverbrauch. So kann man kein nachhaltiges Wachstum erreichen. Es gibt aber auch Grenzen des Wachstums der Ressourcenproduktivität.

Beim Thema Entwicklung darf man das Bevölkerungswachstum nicht ignorieren. Der Pro-Kopf-Nutzen sinkt, wenn, *ceteris paribus (unter sonst gleichen Umständen – Anm. d. Red.)*, die Bevölkerungszahl steigt. Bevölkerungswachstum fördert Wirtschaftswachstum; es zu stoppen, ist aber eine Bedingung für Entwicklung.

Der Gesamtnutzen kann auch durch die Anwendung von mehr arbeitsintensiven (statt ressourcenintensiven) Technologien geschaffen werden. Dann wäre auch nachhaltiges Wachstum vom Gesamtnutzen möglich.

Eine andere Bedingung dafür ist die Abschaffung des Kapitalismus, dem ein Zwang zum BIP-Wachstum innewohnt. Eine schrumpfende Wirtschaft – nur so kann eine industrielle Wirtschaft irgendwann nachhaltig werden – und Kapitalismus sind schwer vereinbar. Um dem Volk eine Schrumpfung der Wirtschaft und mithin des Lebensstandards (nicht zu verwechseln mit Lebensqualität) akzeptabel zu machen, muss in einer Demokratie egalitäre Verteilung der Kosten und Nutzen des Wirtschaftens garantiert werden. Das ist aber inkompatibel mit dem Kapitalismus. Das macht einen ökologischen Sozialismus notwendig.

Saral Sarkar, 1936 in West-Bengalen (Indien) geboren, lebt als Publizist in Köln. Er war in der Ökologie- und Friedensbewegung politisch aktiv und in den achtziger Jahren Mitglied der Grünen. Zuletzt erschienen von Saral Sarkar „Die nachhaltige Gesellschaft“, „Ökosozialismus oder Barbarei“ (zusammen mit Bruno Kern) und „Die Krisen des Kapitalismus“.

Quelle: Neues Deutschland, 9.4.2010

Vielleicht wird die Menschheit vor die Alternative gestellt, zwischen zwei Extremen wählen zu müssen: entweder die eigene Art zu vernichten oder künftig als eine Familie zusammenzuleben.

Arnold Toynbee

KLIMA UND ENERGIE

Klimaschutz selber machen. Wie BürgerBegehren Klimaschutz e.V. direkte Demokratie mit kommunalem Klimaschutz verbindet

Claudia Löhle

Das alte und vielzitierte Motto von „Global denken, lokal handeln“ ist aktueller denn je. Der UN-Klimagipfel in Kopenhagen hat wenig gebracht, und auch die neue Bundesregierung in Berlin scheint beim Klimaschutz eher eine Pause einzulegen. Umso wichtiger ist, dass möglichst viele Bürger von sich aus etwas bewegen. Dabei gibt es auf kommunaler Ebene eine Vielzahl von Ansatzpunkten. Dass und wie kommunaler Klimaschutz möglich ist, zeigt der 2008 gegründete, gemeinnützige Verein BürgerBegehren Klimaschutz (BBK).

Der Verein versteht sich als Schirmorganisation, die zum Mitmachen einlädt. Seine Experten identifizieren Themen, die sich für direkte Demokratie eignen und den Klimaschutz voranbringen. Die daraus erstellten Materialien dienen als Leitfäden für die Umsetzung vor Ort und werden an lokale Gruppen von verschiedenen Organisationen und Parteien herangetragen. Drei hauptamtliche Mitarbeiter – finanziert über Stiftungen - und ein ehrenamtlicher Vorstand sind mit der Strategieentwicklung und Umsetzung betraut.

Eines der ersten Themen des Vereins war und ist die Verhinderung von neuen Kohlekraftwerken. Zwar ist in vielen Bundesländern die Bauleitplanung von Bürgerentscheiden ausgeschlossen, aber Proteste und informelle Bürgerbefragungen haben direkt oder indirekt in vielen Fällen bereits dazu geführt, dass Großprojekte mit einem jährlichen Kohlendioxid-Ausstoß von mehreren Millionen Tonnen kippten. Das beste Beispiel ist der Fall Ensdorf (Saarland), wo RWE nach einer Bürgerbefragung vom Kraftwerksbau Abstand nahm. Nachdem RWE sein bereits gekauftes Steinkohlekraftwerk auch in Griechenland aufgrund massiver Bürgerproteste nicht bauen konnte, versucht es Deutschlands zweitgrößter Energiekonzern nun in Arneburg (Sachsen-Anhalt). Doch auch dort hat sich großer Widerstand formiert. Zudem ist in Sachsen-Anhalt die Bauleitplanung für Bürgerbegehren nicht explizit ausgeschlossen. Dies eröffnet also in Zukunft noch eine Reihe von Widerstandsoptionen.

Aber der Geist von Ensdorf war auch an einem anderen Ort zu spüren. Nach saarländischem Vorbild forderte die Bürgerinitiative „Saubere Energie!“ im niedersächsischen Dörpen ebenfalls eine Bürgerbefragung zum dort geplanten Kohlekraftwerk. BBK unterstützte zusammen mit dem Protestnetzwerk Cam-pact! die BI bei ihrer Forderung. Zwar sperrte sich

der Gemeinderat letztlich gegen die Befragung, doch der vielfältige Widerstand hatte am Ende Erfolg: Ende des Jahres 2009 beerdigten die Investoren das Projekt.

Ganz aktuell unterstützt BBK die Bürgerinitiative Kontra-Kohlestrom-Dachau. Die BI hat über 2 800 Unterschriften gesammelt und damit erreicht, dass es am 4. Juli 2010 zu einem Bürgerentscheid über die Kohlekraftwerks-Beteiligungen der Stadtwerke Dachau kommen wird. Bereits vor der Abstimmung zeichnet sich ein Umdenken bei allen Fraktionen an, die zuvor für die Beteiligung am Kohlekraftwerk Krefeld gestimmt hatten. Doch die BI strebt eine Grundsatzentscheidung an: Nun wird sich am 4. Juli zeigen, ob die Bürgerinnen und Bürger bundesweit erstmalig in einer verbindlichen Abstimmung ein Zeichen gegen neue Kohlekraftwerke setzen.

BürgerBegehren Klimaschutz setzt sich aber nicht nur für die Verhinderung neuer Kohlekraftwerke, sondern vor allem für die Förderung Erneuerbarer Energien ein. So unterstützt der Verein derzeit eine Bürgerinitiative im schleswig-holsteinischen Wasbek, die für die Planung eines Bürgerwindparks in ihrer Gemeinde streitet.

Als aktuellen Schwerpunkt hat sich BBK jedoch die Dezentralisierung der Energieversorgung gesetzt. Traditionell gehörten die lokalen Stromnetze den Städten und Gemeinden, doch während der 90er Jahre wurden diese Netze oft an private Unternehmen abgegeben – per Konzessionsvertrag. Die vier großen Energieversorger Eon, RWE, Vattenfall und EnBW sicherten sich damit lokale Marktzugänge an unzähligen Orten, heute gehört dieses lokale Stromnetz neben der Stromerzeugung zu den wichtigen Pfeilern ihrer Macht. Die Konzerne bringen dadurch nicht nur ihren Strom aus Atom und Kohle in die Haushalte, sondern können außerdem den Netzzugang für erneuerbare Energien erschweren oder gar verhindern. Nach 20 Jahren laufen nun bis etwa 2014 flächendeckend die Konzessionsverträge aus – eine wertvolle Chance zur lokalen Energiewende.

Viele Gemeinden haben längst erkannt, dass die Rückeroberung der Stromnetze oder auch der Rückkauf von Stadtwerken wirtschaftliche Vorteile hat: Die Stromverteilung bietet zwar relativ bescheidene, dafür aber stabile Renditen. Ein Eigenbetrieb sorgt zudem dafür, dass Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der jeweiligen Region bleiben. Bundesweit gibt es deshalb einen Boom der Rekommunalisierung. Wo Lokalpolitiker die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt haben, kann direkte Demokratie helfen. Vorreiter war schon vor mehr als einem Jahrzehnt die Gemeinde Schönau im Schwarzwald: Als dort der Vertrag mit dem örtlichen Netzbetreiber auslief und der Gemeinderat eine vorzeitige Vertragsverlängerung beschloss, begann eine als „Stromrebell“ bekanntgewordene Initiative mit der Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren. Gleichzeitig legte die Bürgerinitiative ein eigenes Angebot vor und forderte den Erwerb des örtlichen Stromnetzes, um eine eigenständige ökologische Energieversorgung zu gewährleisten. Die Schönauer stimmten in zwei Bürgerentscheiden mehrheitlich für den Vorschlag der

Bürgerinitiative, und heute sind die Schönauer Elektrizitätswerke ein renommierter, bundesweiter Anbieter von Ökostrom.

Inspiziert vom Schönauer Vorbild will BBK nun an möglichst vielen Orten Bürgerinnen und Bürger ermuntern, ihr Stromnetz wieder in die eigene Hand zu nehmen und so die Möglichkeiten für den Ausbau erneuerbarer Energien zu verbessern. Mit Handreichungen und Broschüren klärt der Verein über die Möglichkeiten auf.

Kontakt:

BürgerBegehren Klimaschutz e. V. - Klimaschutz selber machen - Dr. Stefan Taschner, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030 92250919, 0176 24787213

Informationen:

www.buerger-begehren-klimaschutz.de

Erde könnte für Menschen zu heiß werden

Proplanta, Das Informationszentrum für die Landwirtschaft (pte)

West Lafayette/Wien - Stößt der Mensch weiterhin so viele Treibhausgase aus wie derzeit, können künftig weite Teile des Planeten wegen Hitzestress nicht mehr bewohnt werden. Diese düstere Vision liefern Forscher der Purdue University in der Fachzeitschrift „Proceedings of the National Academy of Sciences“. „Obwohl solche Bedingungen kaum noch in diesem Jahrhundert eintreten werden, könnte das im nächsten der Fall sein“, so Studienleiter Matthew Huber.

Tödliche feuchte Hitze

Die Wissenschaftler untersuchten den „worst case“ der derzeitigen Klimamodelle. Dieser geht vom langfristigen CO₂-Ausstoß auf dem Niveau von 2007 aus und rechnet im 22. Jahrhundert mit einer Klimaerwärmung von sieben bis zwölf Grad. In vielen Erdteilen - wie Nordwestafrika, zentrales Südamerika, Australien, Indien, Ostchina und auch die östlichen USA - würde die Feuchttemperatur unerträglich werden, und zwar „erstmalig in der Geschichte der Menschheit“, so die Forscher.

Der Ausdruck „Feuchttemperatur“ verbindet Temperatur und Luftfeuchte. „Es ist die Temperatur eines nassen Gegenstandes, auf den man einen Ventilator richtet“, erklärt der Wiener Meteorologe Herbert Formayer gegenüber presstext. Mehr als 35 Grad Feuchttemperatur, was einer Dampfkammer entspricht, ist für Menschen auf Dauer tödlich. „Der Körper hat dann keine Möglichkeit mehr, durch Schwitzen über Verdunstung Hitze abzugeben, und überhitzt sich massiv“, so Formayer.

Keine Anpassung mehr möglich

Extreme Hitze gibt es schon heute in vielen Regionen, hohe Feuchttemperatur ist aber selten, da heiße Gebiete meist trocken sind. „Das kommt etwa tagsüber in den Subtropen bei Regenzeit vor, etwa in Indien und Pakistan“, so der Wiener Meteorologe. Ein weiteres Beispiel sind die Küsten der arabischen Halbinsel. Heißer Wüstenwind trifft hier auf feuchte Meeresluft und erzeugt kaum erträgliche Stickigkeit. Würde ein Temperaturanstieg um sieben Grad nur manche Gebiete in Sachen Feuchttemperatur gefährden, wäre laut den US-Forschern bei zwölf Grad die halbe Weltbevölkerung von Hitzestress betroffen, könnte kaum mehr ins Freie gehen und bräuchte hohe Klimatisierung mit entsprechendem Strombedarf. Die Wahrscheinlichkeit dieses schlimmsten Falles haben die Forscher nicht berechnet, möglich sei er jedoch aufgrund heutiger Modelle durchaus.

Umdenken erst bei Katastrophen

„Es gibt für die Zukunft in 50, 100 und 200 Jahren zahlreiche Modelle, die jedoch nur Storylines bilden und kaum Aussagen zur Wahrscheinlichkeit zulassen“, so Formayer. Das Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen lasse vermuten, dass der CO₂-Ausstoß kurzfristig weitergehen werde wie bisher. Katastrophen könnten dennoch einen schnellen Meinungsschwenk bewirken. „Das zeigt etwa die Reaktion auf die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko. Die jüngsten Ölbohr-Pläne der USA sind mit einem Schlag zusammengebrochen“, schätzt der Wissenschaftler.

Quelle:

http://www.proplanta.de/Agrar-Nachrichten/agrar_news_themen.php?SITEID=1140008702&Fu1=1273171776

Abstract zur Originalstudie:

<http://www.pnas.org/content/early/2010/04/26/0913352107.abstract>

Die Lehren aus Tschernobyl für Deutschland

Marko Ferst

Die Forderung, alle Atomkraftwerke sofort abzuschalten; bleibt hoch aktuell.

In Deutschland will die aktuelle schwarz-gelbe Regierung die Laufzeiten für AKWs verlängern. Die abgeschriebenen Reaktoren versprechen den Energiekonzernen Milliarden Gewinne. Die Kosten für die hochradioaktiven Abfälle soll jedoch der Steuerzahler tragen. Was kann Deutschland aus dem Desaster in Tschernobyl lernen? Zwar soll nun auf polnischem

Boden in der Nähe von Schwedt kein neues Atomkraftwerk mehr errichtet werden. Dafür will man es jetzt bei Gdansk errichten. Auch im Oblast Kaliningrad, nur 600 Kilometer von Berlin, wird unsichere russische Atomtechnik künftig die Bevölkerung bedrohen.

Der schwedische Atomreaktor Forsmark-1 stand am 25. Juli 2006 kurz vor dem Super-GAU. Ein Kurzschluss trennte das AKW schlagartig vom Stromnetz. Die vier Notgenerationen, die im Notfall automatisch dafür sorgen sollten, den Kühlkreislauf im Gang zu halten, waren ebenfalls ausgefallen. Zusätzlich versagte ein Teil der Messinstrumente in der Leitwarte. Durch den Computerblackout musste die Bedienmannschaft „blind“ agieren. Erst in letzter Minute gelang es, zwei der ausgefallenen Dieselaggregate manuell zu aktivieren. Anderenfalls wäre Ostseefisch auf unzählige Jahrzehnte nur noch mit Cäsiumeinlage zu haben gewesen. Lars-Olov Höglund arbeitete viele Jahre als Chef der Konstruktionsabteilung des schwedischen Vattenfall-Konzern und kannte den Reaktor in allen Details. Er urteilte: „Das ist die gefährlichste Geschichte seit Harrisburg und Tschernobyl.“

Bei der sowjetischen Reaktorkatastrophe wurde ein Gebiet ungefähr dreimal so groß wie die Schweiz verstrahlt. Zwei Drittel von Weißrussland sind radioaktiv verseucht, 70 % des Fallouts gingen dort nieder. 23 % der Fläche Weißrusslands wurden 1986 mit mindestens einem Curie pro Quadratkilometer allein durch Cäsium-137 kontaminiert. Eine unregelmäßig geformte Todeszone, die völlig entsiedelt sein sollte, mit einem Durchmesser von ungefähr 60 Kilometern zieht sich um die Kernkraftwerksstadt Pripjat. Zu den am stärksten verseuchten Zonen gehört auch ein großes Gebiet nördlich von Gomel in mehr als 100 km Entfernung vom Unglücksort. Viele weitere Gebiete in der Ukraine, Russland, Georgien, auf der skandinavischen Halbinsel und anderenorts wurden signifikant belastet. Man schätzt, dass ungefähr neun Millionen Menschen eine deutlich erhöhte Strahlung abbekamen. Auch nach der Jahrtausendwende leben in Weißrussland immer noch zwei Millionen Menschen, darunter 500 000 Kinder, in verstrahlten Gebieten.

Der zerstörte Reaktor feuerte ungefähr 50 t radioaktive Substanzen in die Atmosphäre und das Umfeld. Uranoxid in Form von Feindispersionspartikeln, hochradioaktive Nuklide von Jod-131, Plutonium-239, Neptun-239, Cäsium-137, Strontium-90 und viele andere Radioisotope wurden freigesetzt. Hinzu kamen 70 t Brennstäbe, die nicht direkt aus der aktiven Zone des Reaktors stammten. 700 t radioaktiven Reaktorgraphits wurden ins unmittelbare Umfeld des Atomkraftwerks ausgeworfen. Dieses Unglück hatte das radioaktive Verstrahlungsmaß von rund 300 Hiroshimabomben. Hätte man den Reaktor von selbst ausbrennen lassen und nicht gelöscht, wäre das Strahlenniveau zwischen Atlantik und Ural um das 10- bis 20-Fache angestiegen.

Evakuierungsgebiete gibt es bis in 150 km Entfernung, sogar 400 km entfernte Ortschaften wurden entsiedelt. In Deutschland sind interessanterweise in

Katastrophenschutzplänen außerhalb einer 25-km Zone keine umfassenden Schutzmaßnahmen vorgesehen. Gegenüber den ehemals sowjetischen Siedlungsgebieten weist Deutschland eine durchschnittlich 10-fache Besiedlungsdichte auf.

Die volkswirtschaftlichen Schäden des Tschernobylunglücks werden auf ungefähr drei Billionen Euro geschätzt. In der Ukraine mussten mehr als 500 000 Menschen auf Dauer ihre Wohnungen und Häuser verlassen. Nach wie vor gibt es Ortschaften, die man schon 1986 hätte umsiedeln müssen. Mehrere Millionen Menschen hätte man zu evakuieren, wenn in einem der 17 deutschen AKW ein größter anzunehmender Unfall (GAU) einträte. Besonders schwerwiegend wäre es, wenn eine Millionenstadt wie z. B. Hamburg davon betroffen wäre.

Für die Aufräumarbeiten wurden beim Tschernobylunglück ungefähr 800 000 Menschen herangezogen. Eine Studie von GfS und IPPNW belegt, dass bis zum Jahr 2006 allein 50 000 bis 100 000 der Aufräumarbeiter an den Folgen gestorben sind. Nach russischen Angaben leiden sie an Herz-Kreislauf-Problemen, Lungenkrebs, Leukämie und Entzündungen des Magen-Darm-Bereichs. Allein in der Region um Tschernobyl sind Zehntausende Kinder mit genetischen Schäden geboren worden.

Der Graphitbrand in dem ukrainischen AKW führte zu einem starken Aufwind, der die radioaktiven Stoffe in große Höhen aufsteigen ließ und sehr weiträumig und verdünnt verteilte. Bei einem deutschen Reaktorunfall würde sich die Ausbreitung auf einige hundert km um den Unglücksort herum beschränken. Dort ginge jedoch eine höhere Strahlenbelastung nieder, entsprechend der Verteilung durch die Windverhältnisse, weil die Freisetzungshöhe über dem Kraftwerk deutlich niedriger wäre. Hinzu kommt, dass Reaktoren wie Krümmel und Brockdorf mit 1300 MW erheblich größer dimensioniert sind als der Tschernobylreaktor. Wegen seiner militärischen Nutzung wurde er mit weniger Abbrand gefahren, die Brennelemente wurden häufig ausgetauscht, während bei normalen Kraftwerken in Deutschland die Elemente bis zu sechs Jahren genutzt werden können. Im Unglücksfall würde dieser Umstand zu erheblich mehr radioaktiven Freisetzungen als in Tschernobyl führen.

Die westlichen Reaktoren sind sicherer, wenn es darum geht, bei kleineren Unfällen Radioaktivität zurückzuhalten. Der Innenraum ist voluminöser, es existieren ein massiver Reaktordruckbehälter und ein schweres Reaktorgebäude. Bei den älteren Anlagen sind diesbezüglich Abstriche zu machen. Im Reaktorgebäude wird im Fall einer Kernschmelze jedoch ein sehr viel höherer Druck aufgebaut als beim ukrainischen Unglücksreaktor. Daher können die deutschen Reaktoren wie Bomben explodieren.

Zwar ist ein Unfallablauf wie in Tschernobyl in deutschen AKWs nicht möglich, weil diese die konstruktiven Mängel der RBMK-Reaktoren nicht aufweisen. Dafür gibt es andere Unfalloptionen. Bei Leichtwasserreaktoren ist z. B. eine heftige Explosion von Wasserstoffgas möglich, dass frühzeitig im Verlauf einer Kernschmelze entstände. Schlagartige Freiset-

zungen würden durch Dampfexplosionen oder das Durchschmelzen des Reaktorkessels bei hohem Innendruck entstehen. In diesen Fällen bietet auch der stählerne Sicherheitsbehälter mit der umgebenden Stahlbetonhülle keinen Schutz. Große radioaktive Freisetzungen sind innerhalb weniger Stunden möglich, wenn der Sicherheitsbehälter nicht dicht ist. Eine Schwachstelle sind die zahlreichen Rohrleitungen, die ihn durchdringen.

Knapp vor der großen Katastrophe stand 1987 der Block A vom AKW Biblis. Es handelt sich um den bisher schwersten Störfall in einer deutschen Anlage. Ein wichtiges Ventil blieb beim Hochfahren des Reaktors versehentlich offen, ließ sich nicht schließen. Dies wurde drei Arbeitsschichten lang übersehen. Dann begannen die Operateure ein waghalsiges Spiel: Durch Öffnen eines zweiten Ventils sollte das Klemmen des anderen beseitigt werden. Damit war der Beginn eines atomaren GAUs eingeleitet, Kühlmittel strömte aus dem Reaktor heraus. Das klemmende Ventil löste sich glücklicherweise. Anderenfalls lägen heute bereits alle deutschen Reaktoren still. Die US-Atombehörden zeigten sich wenig erbaut über die Informationspolitik der deutschen Seite. Diese hatte versucht, den Unfall zu vertuschen.

Ein anderer schwerer Zwischenfall ereignete sich 1978 im Atomkraftwerk Brunsbüttel. Ein Stutzen der Frischdampfleitung riss ab. Drei Stunden lang strömten etwa 145 t radioaktiv verseuchter Dampf ins Freie. Eine Katastrophe fand nur deshalb nicht statt, weil der Reaktor auf niedrigem Leistungsniveau gefahren wurde und ein nicht beabsichtigter Kurzschluss den Reaktor automatisch abschaltete.

1992 schrammte Schweden schon einmal knapp an einer Katastrophe vorbei. Ein Leck im Kühlsystem trat im AKW Bärsbeck auf. Das Notkühlsystem musste eingeschaltet werden. Es löste sich durch den entstehenden Druck Isoliermaterial, verstopfte die Siebe vor den Ansaugöffnungen. 50 min vergingen, die Situation wurde kritisch. Die Betriebsmannschaft schaltete die Notkühlung aus, um die Siebe freizuspülen.

Verarbeitungsmängel oder rissanfälliger Stahl können dazu führen, dass Rohrleitungen brechen und kontaminiertes Kühlwasser herausströmt. Fehlt eine ausreichende Kühlung, überhitzt der Reaktor. Infolgedessen kann es zu einem größten anzunehmenden Unfall (GAU) kommen. Risse in Rohrleitungen sind in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen, 1995 zum Beispiel in Biblis B. 2002 riss in Neckarwestheim-2, dem neuesten Atomkraftwerk in Deutschland, ein Wärmeschutzrohr.

Viele der deutschen Atomkraftwerke, die heute noch laufen, wären als Neuanlagen seit vielen Jahren nicht mehr genehmigungsfähig gewesen, trotz verschiedenster Maßnahmen zur Modernisierung und Wartung. Biblis A und B, die Druckwasserreaktoren Unterweser und Neckarwestheim-1 gehören in diese Kategorie, ebenso wie die erste Generation der Siedewasserreaktoren in Brunsbüttel, Philippsburg-1 und Krümmel. Als diese Kraftwerke geplant und gebaut wurden, waren die heute gültigen kerntechnischen

Regelwerke und die ihnen zugrunde liegenden Sicherheitsanforderungen noch nicht formuliert. Die Entflechtung der Notfallsysteme lag weit entfernt von heutigen Anforderungen. Die Anlagen werden älter, und infolgedessen tauchen Verschleißerscheinungen in höherem Maße unvermeidlich auf, die dann auch Auslöser für Störfälle werden können.

Ein Papier des Umweltministeriums für den Atom-Arbeitskreis der Ministerien vom 12.8.1999 stellt fest, dass man in 97 % der Fälle mit einem frühen Versagen des Sicherheitsbehälters rechnen muss, wie zuvor schon die „Deutsche Risikostudie Phase B“ hervorhob. Bei einem schweren Atomunfall ist schon innerhalb weniger Stunden mit massiven radioaktiven Freisetzungen zu rechnen. Für Evakuierungen bleibt nicht genügend Zeit. Hinzu kommt, dass Sicherheitssysteme, die einer Kernschmelze entgegenwirken, vielfach sogenannte Handmaßnahmen, von der richtigen Situationseinschätzung des Personals abhängen.

Siemens und AEG bauten einst die deutschen Siede- und Druckwasserreaktoren in Lizenz von General Electric und Westinghouse. Auch die originalen Sicherheitsvorkehrungen sind Importergebnis. Amerikanische AKW gehören im Verhältnis zu Anlagen etlicher anderer Länder zu den zuverlässigeren. Doch offiziell zugegeben werden musste, dass über 200 schwerwiegende ungelöste Sicherheitsfragen existieren.

Mit der Untersuchung der vielfältigen Sicherheitsanforderungen in den AKWs und den Nachweisen dafür sind die wenigen Fachbeamten in den Aufsichtsbehörden oftmals überfordert. Sie verlassen sich auf die Aussagen von Gutachten. Doch es existieren nur wenige Gutachter und TÜVs, die wiederum auf die lukrativen Aufträge aus der Atombranche angewiesen sind. So gibt es ein Netzwerk aus Abhängigkeiten und mangelnden Kontrollmöglichkeiten, was dazu führen kann, dass wichtige sicherheitstechnische Aspekte fehlerhaft eingeschätzt werden. Ob die Reaktorsicherheitskommission, als oberstes Expertengremium diese Schwachstellen überbrücken kann, bleibt eher zu bezweifeln.

Bei einem Atomunfall greift keine der üblichen Versicherungen, solche Schäden sind überall ausgenommen. Es besteht ein Entschädigungsanspruch nur gegen die Betreiber der Atomanlagen. Da diese extrem unterversichert sind und das verursachende Unternehmen in Konkurs gehen wird, ist die Bevölkerung nicht nur gesundheitlich schwer gestraft, sondern darf auch noch für die materiellen Schäden aufkommen. Der Staat wird finanziell handlungsunfähig, die Arbeitslosigkeit explodiert, Millionen Menschen müssen für lange Zeit in Notunterkünften kampieren.

Wie in geheimen sowjetischen Dokumenten zum Atomunfall zu lesen ist, wurde radioaktiv verstrahltes Fleisch in Fabriken in vielen Republiken außer in Moskau zu je einem Zehntel normalem Fleisch beigemischt. Was zunächst aussieht wie eine Perversions des damaligen Systems, bei einem GAU in Deutschland wären mindestens fünf bis sechs Bundesländer radioaktiv kontaminiert. Unvermeidlich

würden verseuchte Produkte in den Einkaufswagen gelangen. Auswärtige Belieferung wäre nicht sofort möglich und selbst wenn sie dann gelänge, würden die Lebensmittelpreise dramatisch ansteigen. Dies wiederum würde den Verkauf kontaminierter Bestände ankurbeln. Nach wie vor wird in verstrahlten Gebieten Weißrusslands, der Ukraine und Russlands über die Nahrungsmittel am meisten Radioaktivität aufgenommen. Nachgeprüft werden die Lebensmittel in den belasteten Gebieten nicht systematisch.

Greenpeace schätzt, dass ungefähr 800 Abfallhalden während der ersten Aufräumarbeiten angelegt wurden. Rund 1 Mio. m³ radioaktives Material vergrub man oberflächennah ohne weitere Schutzmaßnahmen. Diese Halden bedrohen das Trinkwasser. Radioaktive Stoffe können so in die Nahrungsmittelkette gelangen. Bis zum Oktober 1986 wurden laut Protokoll in den Gebieten Gomel, Mogiljow, Kiew und Shitomir ca. 7 Mio. m² Boden abgetragen.

Die Opferzahlen sind eine sehr schwierige Materie, weil sehr komplexe Krankheitsbilder, die soziale Situation und vieles andere einkalkuliert werden müssen. Die russische Akademie für Wissenschaften rechnet mit einer Größenordnung von 270 000 zusätzlichen Krebsfällen, von denen rund 90 000 tödlich verlaufen werden. Krebs steht unter den Todesursachen bei den Liquidatoren jedoch erst an zweiter Stelle, tödliche Probleme mit Blutgerinnseln und -zirkulation führen die Liste an.

Bei vielen Menschen wurde das Knochenmark schwer geschädigt. Infektionskrankheiten, Entzündungen und schlechte Wundheilung weisen auf den Zusammenbruch der körpereigenen Abwehr hin. Das sind die Folgen einer durch die Strahlung verursachten Immunschwäche, dem sogenannten „Tschernobyl-Aids“. Es tauchten Krankheitsbilder auf wie Sehstörungen, Schilddrüsenvergrößerung, Schilddrüsenunterfunktion, schwere nicht beherrschbare Infektionskrankheiten, Tuberkulose, Haut- und Schleimhautentzündungen, Allergien, Nasenbluten, Schwindel, rasche Ermüdbarkeit, Blutarmut, Leukämien, Hautkrebs, Schilddrüsenkrebs. Weiter treten Gelenkschmerzen, Konzentrationsschwierigkeiten, Entzündungen der Atemwege und Verminderung der Fortpflanzungsfähigkeit auf.

Genauere Angaben über die Verbreitung der Leiden fehlen häufig, weil sie nicht systematisch erfasst werden. Die Schwächung des Immunsystems bereitet weiterhin auch virale Formen von B- und C-Hepatitis den Boden. Festgestellt wurde von Galina Bandaschewskaja, Leiterin der Herzabteilung in der Kinderklinik in Gomel, Anfang der 90er Jahre eine Vervierfachung von schweren Herzrhythmusstörungen bei Kindern. Schilddrüsenkrebs trat nach 1986 bei Kindern und Jugendlichen bis zu 200-fach häufiger auf, verglichen mit dem Zeitraum vor dem Unfall. Auch Erwachsene aller Altersstufen erkrankten sechsfach häufiger. Die Häufigkeit von angeborenen Missbildungen steigt kontinuierlich an. Viele Föten sterben auch im Frühstadium der Schwangerschaft. In der zweiten oder dritten Generation gehen die Erbgutschäden los. Eine weitere Folge ist die

Zunahme von Jugenddiabetes. Im Gebiet Gomel ist eine Verdreifachung dieser Befunde gegenüber vor 1986 zu verzeichnen.

Radioaktive Strahlung kann selbst in tödlicher Dosis nicht vom Menschen registriert werden. Bei niedriger Dosierung treten die Schäden erst nach vielen Jahren auf. Jelena Burlakowa weist darauf hin, dass es keine ungefährliche Dosis gibt. Ursache ist, dass es im Körper ein Reparatursystem gibt, das ab etwa 300 Röntgen wirksam wird. Bei Dosen von 50 bis 100 Röntgen beginnt der Körper Zellgrenzschichten zu erneuern. Bis zu 90 % der Schäden werden behoben. Jedoch bei niedrigeren Dosen funktionieren die körpereigenen Reparatursysteme nicht. So kommt es in den verstrahlten Regionen zu dem häufigen Befund, dass sich bereits bei niedrigen Dosen der Gesundheitszustand erheblich verschlechtert.

Eine besonders spannende Frage dürfte bei einem deutschen Reaktorunglück werden, wer denn eigentlich für die Aufräumarbeiten bei einem Super-GAU in Biblis, Krümmel oder Neckarwestheim zwangsweise rekrutiert werden wird. Da ist in der ersten Phase wichtig, dass nicht alles radioaktive Material den Reaktor verlässt, sondern von einem Sarkophag wenigstens notdürftig umschlossen wird. Wie weit sind weitere Aufräumarbeiten notwendig oder gefährden nur unzählige Menschenleben? Wer vernünftig handeln kann, wird diesen Teil Deutschlands verlassen und ins Exil nach Polen, Frankreich oder Italien gehen.

Quelle:
überarbeiteter und gekürzter Ausschnitt aus: Täuschungsmanöver Atomausstieg? Über die GAU-Gefahr, Terrorrisiken und die Endlagerung. - Engelsdorfer Verlag, 1. Aufl. 2007, ISBN-13: 978-3867035828

Solarstromförderung wirksam ausgestalten

Eva Bulling-Schröter

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die Bundesregierung seit Monaten mit Verlautbarungen Unruhe, Ängste und Chaos in der Branche der erneuerbaren Energien schürt und wöchentlich eine neue energiepolitische Sau durchs Dorf treibt, liegt nun ein Gesetzesentwurf der Koalition dazu vor. Ich halte ihn für einen Salto rückwärts. Der Antrag, den wir vorgelegt haben, will da einiges ausbügeln. Deutschland steht vor einer Systementscheidung. Der notwendige Ausbau der erneuerbaren Energien ist mit einer Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken und dem Neubau von Kernkraftwerken nicht vereinbar.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung spricht von einem grundlegenden Systemkonflikt zwischen einem hohen Anteil von Strom aus Grundlastkraftwerken auf der Basis von Kohle und Uran und einem weiteren Ausbau erneuerbarer Energien. Das sind klare Worte. Ich frage mich: Warum ignorieren Sie eine solche Aussage? Wenn Sie die Aussagen des Sachverständigenrates immer ignorieren, bräuchten Sie sich eigentlich keinen zu leisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Seit Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist - das wurde schon dargelegt - der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung auf über 16 Prozent angestiegen. Bei jährlichen Minderungen von gegenwärtig etwa 110 Millionen Tonnen Kohlendioxid leisten erneuerbare Energien damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Also müssen sie ausgebaut werden. Wesentliche Ursache dieser dynamischen Entwicklung ist die durch das EEG garantierte Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energien. Die ebenfalls dort verankerte jährliche Absenkung der Einspeisevergütung - das ist die Degression - hat sich als Anreiz für technische Innovationen und die Optimierung in der Anlagenproduktion bewährt.

Für Investoren und auch für die produzierenden Unternehmen brauchen wir Planungssicherheit durch mittelfristig festgelegte Vergütungssätze und Degressionsschritte. Das ist von zentraler Bedeutung.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unter dem Motto „Wenn es am schönsten ist, soll man aufhören“ legt uns die Koalition einen Gesetzesentwurf auf den Tisch, der die positive Entwicklung im Bereich Solarstrom beenden soll;

(Horst Meierhofer (FDP): So ein Quatsch!)

zumindest so schätzen wir das ein, besteht die große Gefahr. Eigentlich könnte es uns, den Linken, egal sein, wenn Schwarz-Gelb wieder einmal Fehler macht und sich ein ums andere Mal als verlängerter Arm der Konzerne profiliert.

(Ernst Hinsken (CDU/CSU): Um Gottes willen!)

Hören Sie doch zu! Es ist uns aber nicht egal, wenn Sie Tausende Arbeitsplätze in Gefahr bringen und zugleich energie- und klimapolitisch zur Rolle rückwärts ansetzen. Wir halten Ihren Gesetzesentwurf für kontraproduktiv. Ich sage es noch einmal: Seine Verabschiedung gefährdet viele heimische Produzenten. Bereits jetzt mussten einige Kommunen und Privatanleger ihre Solarprojekte auf Eis legen oder absagen, weil sie die Kostenfrage nicht mehr klären können.

(Ernst Hinsken (CDU/CSU): Welche?)

Von der Koalition kamen im Januar nebulöse Ankündigungen. Zuerst hieß es, dass zum 1. April gekürzt werden soll. Jetzt soll die Kürzung zum 1. Juli erfolgen. Jedes Mal stehen andere Zahlen im Raum. Jede Woche gibt es einen anderen Sachverhalt. Niemand weiß mehr, wie es eigentlich weitergehen soll. Das ist unverantwortlich gegenüber der ganzen Branche.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie kommen mit Entwürfen, die sämtlichen Solarunternehmen die Haare zu Berge stehen lassen und den Beschäftigten den Angstschweiß auf die Stirn treiben. Sie sind in diesen Fragen ziemlich beratungsresistent. Sie agieren in Rambo-Manier und gefährden, ich sage es noch einmal, Tausende Arbeitsplätze, insbesondere an Solarstandorten mit vielen kleineren Unternehmen in den strukturschwachen Regionen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Lassen Sie Thüringen mal aus dem Spiel!)

Aber auch in Bayern gibt es Widerstand. Auch Herr Seehofer hat sich dazu geäußert. Mich würde interessieren, ob er die Sonderausgabe des Bauernblatts gelesen hat. Sie zerstören auch international Vertrauen in die Verlässlichkeit deutscher Umwelt- und Energiepolitik mit unabsehbaren Folgen.

Nur noch einmal als Merkposten: 300 000 Menschen arbeiten hierzulande in der Branche der erneuerbaren Energien, Tendenz stark steigend. Das sind zehnmal so viele wie in der konventionellen Energieerzeugung. Allein 60 000 Beschäftigte entfallen auf die Fotovoltaikbranche, vor allem im produzierenden Gewerbe und im Handwerk. Jetzt behauptet die Regierungskoalition, die konkreten Zahlen und Vorhaben in engem Kontakt mit Solarwirtschaft und Interessenverbänden abgesprochen zu haben. Ich weiß nicht, mit wem Sie da gesprochen haben. Wir haben viele Mails und Briefe erhalten. Wir haben auch mit dem Bundesverband Erneuerbare Energie gesprochen. Da sind uns andere Zahlen vorgelegt worden; das wurde vorher schon angedeutet. Ich meine, dass wir das in der Anhörung sehr intensiv diskutieren müssen. Wir fordern einen Austausch mit den Betroffenen aller Ebenen. Den werden wir führen. Wir fordern in unserem Antrag, die Einspeisevergütung (Horst Meierhofer (FDP): 10 Euro!)

im einstelligen Prozentbereich zu kürzen, keine Deckelung des jährlichen Leistungsaufbaus vorzunehmen und vor allem keinen Axthieb auszuführen, sondern eine schrittweise Anpassung vorzusehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sowohl die Branche als auch die Verbraucher müssen sich so auf die Anpassung einstellen können. Dazu benötigt man natürlich auch Zeit. Unser Antrag wird dieser Tatsache gerecht. Die von der Koalition vorgesehene flexible Marktanpassung der Einspeisevergütung, nach der die Degression um weitere 3 Prozentpunkte angehoben wird, wenn zu viele Solaranlagen gebaut werden, widerspricht unserer Meinung nach dem eigentlichen Förderzweck des EEG. Marktwachstum ist kein Maß für die Kostenentwicklung bei der Herstellung von Solarmodulen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hinsken zulassen?

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Nein, will ich nicht. Im Übrigen verschweigt die Koalition elegant, dass zur Einmalabsenkung mit dem Jahreswechsel 2011 noch eine Sonderabsenkung

um 2 Prozent dazukommt. Bereits in Ihrem eigenen Gesetzentwurf wird davon ausgegangen. Sie versuchen, als Leistung zu verkaufen, dass die Zielmarke des Solarausbaus hochgesetzt wird. Ich frage Sie: Was ist das für eine Zielmarke, von der Sie bereits jetzt wissen, dass sie überschritten wird? Das ist keine Zielmarke, sondern eine Schranke. Wem nützt es letztendlich, wenn der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energie gebremst wird? Das nützt denjenigen, die aus abgeschriebenen Kernkraftwerken Milliardenprofite machen, und den politischen Akteuren, die als Lobbyisten der Energiekonzerne auftreten und sich für Laufzeitverlängerungen starkmachen.

(Michael Kauch (FDP): Den Hartz-IV-Empfängern nützt Ihre Position nichts!)

Sie haben über Profite gesprochen, die abgeschöpft werden. Dabei haben Sie uns an Ihrer Seite. In den vergangenen Jahren haben wir dafür gekämpft, die Profite der großen Konzerne abzuschöpfen, um endlich Mittel für die Menschen zu haben, die weniger Geld verdienen. Das haben Sie aber nicht getan. Sie verfolgen Ihre Ziele jetzt in der Solarbranche, die schwach ist.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin!

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Die großen Konzerne hingegen fassen Sie nicht an. Mit denen gehen Sie, wie es Gregor Gysi heute Vormittag schon gesagt hat, lieber zum Essen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der SPD: Aber die zahlen das auch!)

Bundestagsrede am 25.03.2010 zur ersten Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

Quelle:

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1398231758>

Region Guben mit guten Chancen gegen Vattenfalls Tagebauplanung

Umweltgruppe Cottbus e. V.

Guben, 24.04.2010. Naturschutzfachleute und Juristen sehen gute Chancen, den von Vattenfall geplanten Tagebau Jänschwalde-Nord in Brandenburg zu verhindern. Dies wurde in den Fachvorträgen auf einer Tagung des Umweltverbandes GRÜNE LIGA und der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Guben deutlich. Die Europaabgeordnete Elisabeth Schroedter (BÜNDNIS 90/GRÜNE) unterstützt die Tagung und sagte in ihrem Grußwort zur Eröffnung: „Nach den massiven Kampagnen von Vattenfall vor Ort, in der Landesregierung und im Landtag, um das Recht zu

bekommen, Atterwasch, Kerkwitz und Grabko abzubauen und die Region um Guben zu zerstören, wollen wir mit der Informationsveranstaltung den Menschen den Rücken stärken, die die Zerstörung ihrer Orte und ihrer Landschaft nicht zulassen wollen. Das europäische Recht stärkt die Rechte der bedrohten Gemeinden wesentlich mehr, als es damals im Fall Horno möglich war, wo noch nach DDR-Recht abgebaggert wurde.“

Auch der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Nesovic (Fraktion DIE LINKE) ist optimistisch: „Die Möglichkeiten, neue Tagebaue zu verhindern, sind politisch und juristisch gegeben. Vattenfall hat gerade in Hamburg wieder eine juristische Niederlage erlitten. Ich werde meine Erfahrung als Bundesrichter nutzen, um den juristischen Widerstand zu unterstützen, und werde politisch darauf hinwirken, dass die Landesregierung ihre Möglichkeiten nutzt, um neue Tagebaue zu verhindern. Insbesondere durch die Änderung des bestehenden gemeinsamen Landesentwicklungsplans Berlin-Brandenburg.“

In den Vorträgen wurde immer wieder die Wirkung des Bergbaus auf den Wasserhaushalt der Lausitz thematisiert. „Ob bei Bergschäden an Gebäuden, beim Trockenfallen geschützter Feuchtgebiete oder Schadstoffeinträgen in die Flüsse - überall im Kohlerevier zeigt sich, dass Braunkohlentagebau ein nicht beherrschbarer Eingriff ist. Sein Vordringen in das bisher unbeeinflusste Gebiet um Guben wird umweltrechtlichen Anforderungen nicht standhalten“, fasst René Schuster von der GRÜNEN LIGA die Botschaft der Fachbeiträge zusammen.

Rechtsanwalt Dirk Tessmer aus Frankfurt/Main stellte dar, in welchen Punkten das deutsche Bergrecht bürgerfreundlicher werden muss, und ging damit auf das Vorhaben der rot-roten Koalition in Brandenburg ein, einen Vorschlag zur Novellierung dieses Bundesgesetzes auszuarbeiten. Lukas Landgraf vom Landesumweltamt Brandenburg stellte die Moorgebiete der Region und ihre landesweite Bedeutung vor. Wie die Bürger durch rechtzeitige Bestandserfassung Bergschäden an Gebäuden besser nachweisen können, ist das Thema des Bauingenieurs Matthias Bärmann. Thomas Rahner, der als Rechtsanwalt die bedrohte Gemeinde Schenkendöbern vertritt, beschäftigte sich mit der europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Zur aktuellen Wassersituation um den Tagebau Jänschwalde sprach René Schuster und begründete den im Februar eingereichten Antrag von Gemeinde und Umweltverband, zum Schutz des Ortes Taubendorf eine unterirdische Dichtwand zu errichten.

Der Bürgermeister von Schenkendöbern, Peter Jeschke nahm ebenso an der Tagung teil wie die Landtagsabgeordnete Monika Schulz-Höpfner (CDU) und Vertreter des Netzwerkes Bergbaubetroffener aus Nordrhein-Westfalen. Die von Gubener Bürgern gegründete „Solargenossenschaft Lausitz“ informierte am Rande der Tagung über ihre Vorhaben. Der Erfahrungsaustausch über Partei- und Regionsgrenzen hinweg ist damit eindrucksvoll gelungen und soll weitergeführt werden. Den zahlreich anwesenden Bürgern aus den bedrohten Orten Grabko, Kerkwitz

und Atterwasch macht Wolfgang Nesovic Mut: „Die Menschen dürfen sich ihre Heimat von Vattenfall nicht abkaufen lassen. Heimat lässt man sich nicht abkaufen. Heimat verteidigt man.“

Quelle:

<http://www.lausitzer-braunkohle.de/tagung2010.php>
Vorträge der Tagung können heruntergeladen werden.

Die Zeichen stehn auf Sturm

Gedicht von Hans Hässig

Die Welt gerät allmählich aus den Fugen,
und die Signale stehn schon lang auf Rot.
Vielleicht liegt sie bald in den letzten Zügen,
und rasche Hilfe täte dringend not.

Es wäre höchste Zeit, sich zu besinnen,
die Zeichen stehn auf Sturm, es trägt die Ruh.
Wenn wir zu handeln nicht sofort beginnen,
gehn wir vermutlich bald auf einen Abgrund zu.

Seit Jahren gibt es weltweit Konferenzen
über das Klima, CO₂ und das Ozon.
Man streitet sich um Gramm und Präferenzen,
derweil läuft gnadenlos die Zeit davon.

Wir wissen zwar, es geht um den Planeten,
im Endeffekt um unser eignes Sein.
Doch fällt uns nichts so schwer wie Kürzertreten,
zu jeglichem Verzicht sagen wir Nein.

Experten warnen schon seit vielen Jahren
vor unsrer zynischen Zerstörungswut.
Einsame Rufer leider unter all den Scharen,
für welche gilt: Spaß haben und nach uns die Flut.

Die Erde selbst nimmt unser Tun gelassen,
nicht sie, w i r werden die Betrognen sein.
Vielleicht, wer weiß, wird sie uns bald entlassen,
denn sie kann gut und gern ohne uns sein.

Vielleicht ist unsre Uhr halt abgelaufen,
und das Experiment Menschheit vorbei.
Der Schöpfer wundert sich und ist betroffen,
er muss gestehn, dass es misslungen sei.

*Am Beginn der Menschheit lebte der Mensch materiell
arm in einer reichen Natur.*

Heute leben wir reich in einer armen Natur.

Michael Succow

UMWELT- UND GESUNDHEITSSCHUTZ

Naturwalderbe in Deutschland schaffen

Sabine Stüber

Warum ist das wichtig? Weil es direkt unsere Zukunftsfrage berührt, wie schaffen wir die Anpassung an die Klimaveränderung, an die Wasserverknappung und an die immer noch rückläufige Biodiversität. Uns fehlen nicht die Visionen von einem intakten Naturhaushalt und auch nicht die erforderlichen Kenntnisse. Das alles wird in der 2007 von der Bundesregierung beschlossenen Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt aufgezeigt. Die Konsequenz zum klaren Handeln ist, was fehlt.

Für den Wald bedeutet die nationale Strategie, dass sich Vielfalt, Struktur und Dynamik der heimischen Wälder bis zum Jahre 2020 weitgehend verbessern sollen. Die Frage nach dem Wie bleibt offen. Bisher ist leider kein Roter Faden erkennbar. Immerhin ein substanzielles Ziel wurde festgeschrieben: „2020 beträgt der Flächenanteil der Wälder mit natürlicher Waldentwicklung 5 Prozent der Waldfläche.“ Das ist erst einmal eine starke Aussage, aber auch hier erkennt man keine konkrete Herangehensweise.

Die Bundesregierung benötigt offensichtlich einen Fahrplan. Einen Fahrplan, der die zeitlichen und inhaltlichen Schritte vorgibt, um das Ziel zu erreichen, 5 Prozent der deutschen Waldflächen bis 2020 als Naturwalderbe dauerhaft dem Prozess einer natürlichen Entwicklung zu überlassen. Deshalb unterstützen wir den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Das Ziel – die Schaffung von 5 Prozent Naturwalderbe – steht für uns außer Frage, und wir folgen den Argumenten des Antrags weitgehend. Als vordringliche Aufgabe sehen wir für ein so weitreichendes Vorhaben ein Umsetzungskonzept. So wollen wir auch das Wort „zeitnah“ in dem Antrag durch einen konkreten Zeitpunkt ersetzen. Einen Zeitpunkt, bis zu dem eine Bestandsaufnahme der bisher dauerhaft aus der Nutzung genommenen Wälder vorgelegt wird. Die Größen der Waldareale mit ihren charakteristischen Lebensraumtypen bilden für uns die Grundlage für ein Umsetzungskonzept.

Es gibt noch viele Fragen zur Herangehensweise und zu den Maßnahmen. Diese hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag angesprochen. Neben den Maßnahmen zur Erreichung des Naturwalderbezieles muss die Bundesregierung auch die berechtigten Befürchtungen der Holzwirtschaft aufgreifen. Neben sinkenden Umsätzen werden steigende Holzimporte aus schutzwürdigen Wäldern anderer Länder erwartet, womit wiederum nur ein Verschieben von Problemen stattfinden wird.

Für die Zeit bis zur Schaffung eines deutschen Naturwalderbes gebietet schon der gesunde Menschenverstand, die weitere Privatisierung bundeseigener Wälder auszusetzen – von berechtigten Ansprüchen abgesehen. Eine entsprechende Vereinbarung mit Ländern und Kommunen muss gefunden werden.

Einen letzten Punkt möchte ich noch erwähnen. Die Zusammenfassung der Naturwalderbeflächen in einem eigenen Pool begrüßen wir sehr, sehen aber zu dessen Verwaltung die Gründung eines eigens dafür vorgesehenen Dachverbandes als nicht erforderlich an. Sinnvoll ist doch, eine geeignete, bereits bestehende Struktur mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Bundestagsrede zu Protokoll der Plenarsitzung am 22.04.2010

Quelle:

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1398231758>

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen und die Verwendung von Biozidprodukten

Ralph Lenkert

Frau Präsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,
mit der Biozidrichtlinie stellen EU- und Bundesregierung Industrieinteressen über Gesundheitsschutz der Bevölkerung. Biozide sind Gifte, die Lebewesen töten oder massiv beeinträchtigen. Der notwendige, auch unvermeidbare Einsatz von Bioziden zur Bekämpfung von schädlichen Insekten und Nagern, Pilzen, Bakterien, Viren und auf anderen Gebieten muss deshalb mit Vorsicht erfolgen und auf das notwendige Mindestmass begrenzt werden. Rattengifte töten auch Menschen, Insektengifte schädigen die Fortpflanzungsfähigkeit von Frauen und Männern, und Anti-Pilzmittel lösen Atemwegserkrankungen und Krebs aus. Eine strenge Reglementierung der Zulassung von Bioziden, Einsatz von gut geschultem Personal bei der Nutzung von Bioziden sowie klare Verwendungsrichtlinien wie bei der Pestizidverordnung wären erforderlich.

Statt des bestmöglichen Schutzes von Mensch und Natur sichert diese Richtlinie einfache EU-weite Zulassung dieser gefährlichen Stoffe. In Kopplung mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie wird das erwähnte Fachkräftegebot jedoch zur Farce. Die Einhaltung von Anwendungsvorschriften/Einsatzbeschränkungen wird kaum überprüft. Hier handeln EU und Bundesregierung grob fahrlässig. So kann Maries Opa weiter nach dem Motto viel hilft viel gegen Mehltau spritzen, Oma sprüht gegen Essigfliegen, Papa pinselt gegen Schimmel, und Mama wäscht die Haare ihres Kindes mit Lindan, als
II/2010

ihres Kindes mit Lindan, als Pestizid wegen der Giftigkeit verboten, gegen Kopfläuse in der Bundesrepublik bis 2007 noch zugelassen. Zwanzig Jahre später braucht Marie keine Verhütungsmittel - sie wurde durch diese Biozide unfruchtbar, weil ihre Eltern und Großeltern der staatlichen Zulassung vertrauten - skandalös.

Gefährliche Biozide müssten schnellstmöglich ersetzt werden, was passiert jedoch: Ausnahmeregelungen für altbekannte Wirkstoffe werden so lange verlängert, wie es keine alternativen Wirkstoffe gibt. Da die Hersteller bei fehlenden ungefährlicheren Bioziden problemlos und ohne Kosten die Zulassung ihrer vorhandenen Biozide verlängert bekommen, haben sie kein Interesse an Neuentwicklungen zur Verminderung von unerwünschten Nebenwirkungen der Biozide.

50 000 Biozide gibt es in der EU – 20 000 in der Bundesrepublik, die meisten mit Bestandsschutz. Die Zahl möglicher Wechselwirkungen ist höher als die möglichen Kombinationen beim Lotto. Der sachgerechte Einsatz dieser Mittel würde herausragend geschultes Personal benötigen. Wie das bei einem Fachvortrag von 2 h bei einem Apotheker in Portugal oder bei einem 2-Wochen-Crashkurs in der Bundesrepublik vermittelt werden soll, ist fraglich.

DIE LINKE sieht die Notwendigkeit einer Biozidverordnung. Wir fordern, die Ausnahmeregelungen aufzuheben, die Industrie wird, wenn unter Druck gesetzt, neue Wirkstoffe mit geringerem Gefahrenpotential entwickeln, beim FCKW-Kühlschrank konnten nach dem Durchbrechen der Blockade durch die kleine Firma Foron die Marktführer Siemens und Miele dann in nur 6 Monaten auch FCKW-frei produzieren, was vorher laut Industrie nicht möglich war.

Wir fordern den Beruf des Schädlingsbekämpfers mit den hohen bundesdeutschen Standards europaweit verbindlich zu machen, nur so kann das notwendige Fachwissen bei dem Biozideinsatz gesichert werden.

Um den regionalen Besonderheiten entsprechen zu können und damit jeder EU-Staat das Recht hat, über die Mindestschutzstandards für seine Bürger hinauszugehen, fordern wir, dass jedes Land das Recht hat, Zulassungen von Bioziden zu verweigern. Diese Richtlinie erfüllt leider umfänglich den Anspruch der Industriefreundlichkeit, statt den Anspruch zu erheben, den bestmöglichen Schutz von Mensch und Natur zu sichern. Das ist nicht der Weg für DIE LINKE, für uns stehen Mensch und Natur an erster Stelle. Deshalb lehnen wir diese Vorlage ab.

Bundestagsrede am 25.03.2010

Quelle:

*<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1335498>
581*

LANDWIRTSCHAFT

Erneute Stickstoffschleuder: Schweineanlage Haßleben

Ernst Pries

Von 1978 bis Frühjahr 1991 wurden in Haßleben (*Dorf in der Uckermark im Norden Brandenburgs – Anm. d. Red.*) durchschnittlich 136 000 Schweine pro Jahr gemästet. Schwere Umweltschäden waren die Folge. Umfangreiche Untersuchungen 1992/93 ergaben, dass sich z. B. auf 80 % der Gülleausbringungsflächen jährliche Stickstoffüberschüsse von 200 bis über 500 kg/ha·a angesammelt hatten, nachgewiesen bis in 5 m Tiefe. Das sind die bisher höchsten in Deutschland ermittelten Werte. Ähnlich verhält es sich mit dem schwer verlagerbaren Phosphor. Heute tut man so, als ob alle diese Langzeitbelastungen nicht mehr existieren, ohne den Beweis dafür anzutreten. Nun soll hier erneut eine riesige Schweineanlage mit ursprünglich über 85 000, jetzt fast 68 000 Tierplätzen entstehen.

Abgesehen davon, dass schon die DDR-Wasserwirtschaft 1974/75 den Standort als ungeeignet für eine Massentierhaltung ablehnte, offenbart sich von Anfang an im ganzen Verfahren zur 85 000er Schweineanlage ein Einvernehmen zwischen dem holländischen Investor van Gennip und der Genehmigungsbehörde des Landesumweltamts Brandenburg.

Das Projekt sollte möglichst reibungslos durch die noch bestehenden gesetzlichen Hindernisse getrickst werden. Die zur öffentlichen Auslegung gelangten Unterlagen waren so unvollständig und mangelhaft, dass sie gar nicht hätten ausgelegt werden dürfen. Aber man hatte nicht mit dem fundierten fachlichen Widerstand gerechnet, obwohl er sich bereits an Hand der vorliegenden Untersuchungsergebnisse im Vorverfahren abgezeichnet hatte.

Die öffentliche Anhörung im Herbst 2005 sollte für 1 200 Einwendungen 4 Tage dauern, wurde dann auf 16 Tage erweitert und musste nach 11 Tagen abgebrochen werden, weil viele entscheidende Unterlagen einfach zu offensichtlich falsch und fehlerhaft waren, z. B. der Nachweis der Nährstoffverwertung durch die Ausbringung der Biogasgülle. Die Daten zu dabei hauptsächlich entstehenden Emissionen und Austrägen fehlen generell noch heute! Man tut so, als würden fast alle Nährstoffe durch die Pflanzen aufgenommen. Ebenso fehlen die Nährstoffausträge über Drainagen, die, bereits 1992/93 nachgewiesen, in den Gewässern landen. Die z. T. hochkonzentrierten Stoffanreicherungen unterhalb der Ackerkrume, besonders gefährlich für Grundwasser und Gewässer, werden ebenfalls ignoriert (nachgewiesene Altlasten der früheren Mastanlage). Das gleiche gilt für die Vergleichsuntersuchungen der Waldböden nach 20 – 30 Jahren, die überwie-

gend eine Stickstoffsättigung bzw. -übersättigung derselben zeigen.

Um trotz der Größe der Anlage ein Raumordnungsverfahren zu vermeiden, wurde die Anlage zum Innenbereich des Dorfes Haßleben gerechnet. Damit reduzierte sich der Untersuchungsradius von etwa 5 km auf 1,25 km. So berührt er nur ein europäisches Fauna-Flora-Habitat-Schutzgebiet (FFH) - statt 6 FFH-Gebiete. Durch die massiven Folgen der Biogasgülleausbringung werden jedoch insgesamt 14 FFH-Gebiete bzw. deren Teile beeinträchtigt.

Völlig unbrauchbare Waldgutachten im Auftrage des Investors weisen Stickstoffmangel nach, obwohl an fast allen Aufnahmeflächen die typischen Stickstoffanzeiger Brennesse und Holunder wachsen! Dazu erklärt später der Rechtsanwalt des Investors, Prof. Dombert, dass die Ergebnisse von Waldgutachten und deren Bewertung nicht interessieren, da sich rein formal durch einen Erlass des Landes Brandenburg die Bewertungsgrundlage geändert habe.

Ein Länderarbeitskreis Immissionen (LAI) hat zur Vereinfachung von Genehmigungen 3 Jahre getagt und einen Bericht herausgebracht, nach dessen Kriterien fast jede große Tierhaltungsanlage genehmigt werden kann. Dazu wurden z. B. unlogischerweise die kritischen Werte (Critical loads) für die sogenannten Produktionsfunktionen, also auch im Wirtschaftswald, verdoppelt bis verdreifacht – nicht, wie betont wird, aus ökologisch wissenschaftlicher, sondern aus pragmatischer Sicht.

Das ist ein klarer Aufruf zum Gesetzesbruch, denn der Zustand der Wälder ist nachhaltig zu erhalten bzw. zu verbessern (Wald- und Naturschutzgesetz)! Bei der Ausbreitung des Ammoniaks direkt aus der Anlage ist die Stickstoff-Niederschlagsmenge (Deposition) selbst nach der problematischen Formel des LAI-Berichts mindestens 4-mal höher als sie der Investor im Projekt angibt. Die Depositionen aus der Biogasgülleausbringung sind dabei ohnehin, wie bereits dargelegt, nicht mitgerechnet. Ihre Emissionen eingeschlossen, gehen etwa 25 % des in der Anlage vorhandenen Stickstoffs kaum kontrollierbar in die Luft. Das trifft vor allem den bereits stickstoffgesättigten Wald, den Ort Haßleben/Kuhz und die FFH-Schutzgebiete. Nun reduziert der Investor seine Mastschweine von 52 800 auf 35 200 und gibt an, Verbesserungen in der Abluft vorzunehmen. Obwohl dadurch trotz angeblicher 70 – 80-prozentiger Ammoniakzurückhaltung täglich noch 100 - 150 kg des extrem hydrophilen Ammoniaks aus der Anlage entweichen, sollen sich im 600 – 700 m entfernten Wald in der Hauptwindrichtung nur noch 4 – 6 kg Stickstoff pro Hektar und Jahr niederschlagen! Real muss hier jedoch in nassen Jahren bei vorherrschend feuchter Witterung mit zusätzlichen Stickstoffdepositionen von 40 – 100 kg Stickstoff je Hektar und Jahr gerechnet werden. Dazu kommt eine heute durchschnittliche waldtypische Belastung von 30 kg/ha-a Stickstoff. Bei trockener Witterung steigt das Ammoniak auf, es ist leichter als Luft, und wird z. T. als Ammonium über weite Entfernungen transportiert. Vor allem die höher gelegenen Wälder filtern dann mittels ihrer Verdunstungsfeuchte besonders viel

Stickstoff aus der Luft.

Ein weiteres Problem ist, dass ein Teil des Ammoniaks im Biofilter der Abluftanlagen in Stickoxide, u. a. in Lachgas, umgewandelt wird, diese aber nicht im Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden. Lachgas ist 300-mal klimaschädlicher als Kohlendioxid.

Ein Pflanzenklärbecken soll das belastete Regenwasser aus dem Bereich der Schweineanlage reinigen. Sein Standort ist hochgradig phosphorüberlastet, mit Fließrichtung in den nahe gelegenen FFH-geschützten Kuhzer See.

Die Dächer der Schweineanlage wurden mit Solaranlagen versehen, eine wenigstens positive Maßnahme. Lokale Politiker, vor allem der Linken und der CDU, setzen sich nun vehement dafür ein, dass bald Schweine unter diesen Dächern eingestallt werden. Ansonsten werden im Projekt Haßleben laufend Teile überarbeitet. Sie beinhalten meist nur Scheinlösungen und ignorieren die eigentlichen Probleme weiter. Der Zusammenhang mit den 2005 ausgelegten und erörterten Unterlagen ist für die Öffentlichkeit nicht mehr nachvollziehbar.

Bestimmte Maßgaben der Landesplanungsstelle Berlin-Brandenburg, z. B. die Darlegung der Entwässerungssysteme auf den Begüllungsflächen, wurden bis heute nicht erbracht und nachträglich zur „Kann-Bestimmung“ erklärt.

Dass eine Industrialisierung der Produktion allgemein viele Arbeitsplätze vernichtet, gilt auch für die Schweinemast. So haben 2003/2004 allein 12 % der deutschen Schweinemäster (etwa 13 000 Landwirte) aufgeben müssen, parallel zum Aufbau großer Mastanlagen. Im Jahr 2008 waren es erneut 16 %. Zudem handelt es sich bei den versprochenen 50 Arbeitsplätzen für Haßleben meist um Billiglohn- und Teilzeitarbeitsplätze.

Die Diskrepanz zwischen Tierschutzgesetzen und einer wirklich artgerechten Tierhaltung, die diesen Namen verdient, wird besonders dadurch offensichtlich, dass gesetzlich einem Mastschwein bis 110 kg Gewicht nur ein Lebensraum von 0,75 m² zusteht! Tierschutz als Verfassungsauftrag ist hier nur eine Farce.

Dass den Investor van Gennip und seinen Berater Dr. Rehhahn die ganze Umweltproblematik überhaupt nicht interessiert, zeigt u. a. ihr Verhalten in der Altmark. In 7 km Entfernung von der 65 000er Schweineanlage Sandbeindorf will er bei Mahlwinkel noch 85 000 Schweine-Tierplätze schaffen, praktisch 150 000 auf einem Platz. Das Landgericht Magdeburg bestätigte jetzt die Verurteilung des Dr. Rehhahn wegen versuchter Bestechung im Zusammenhang mit der Anlage Mahlwinkel. Er ging aber erneut in Berufung mit für ihn positivem Ausgang.

Infolge der niedrigen Schweinefleischpreise bei 100 000 t nicht absetzbarer Lagerhaltung in der EU zahlte diese bis August 2008 eine Exportprämie von 31 € pro 100 kg Fleisch. Bei nur 2,5 Durchgängen mit jetzt 35 000 Mastschweinen hätte van Gennip mindestens 2,3 Mio. € zusätzliche Exportprämie bekommen, da interessieren keine alten Umweltlasten und ihre zukünftige Potenzierung! Dieses subventio-

nierte Schweinefleisch wurde z. B. in Afrika so billig angeboten, dass die einheimischen Landwirte mit ihren großen Familien Pleite gingen. Die Presse hat ausführlich darüber berichtet.

Die zzt. steigenden Preise für Exportfleisch erübrigen vorerst solche Subventionen. Große Schweine- und Hähnchenanlagen schießen deshalb vor allem in Ostdeutschland weiter wie Pilze aus dem Boden. Lieferverträge sind vor Kurzem mit China abgeschlossen worden, für Japan, Südafrika und Südkorea werden sie vorbereitet!

Hohe Weltmarktpreise bieten also den Anreiz, immer mehr zu produzieren, möglichst mit importiertem Futter. Fleisch lässt sich zzt. besser als Maschinen exportieren.

Die verheerenden Folgen für die Länder, in die exportiert wird, bleiben gleich, auch für unser Land, wo dieser Überschuss hergestellt wird. Dort wie hier verdrängt das industriell erzeugte Billigfleisch einheimische Landwirte. Die Auswirkungen der immensen Umweltbelastungen und der Arbeitsplatzverluste im bäuerlichen Bereich hierzulande bezahlen wir alle früher oder später!

Zukunft säen – Vielfalt ernten Keine Patentrechte für Saatgutkonzerne! Saatgut muss Gemeingut bleiben! Aufruf für eine europaweite Saatgutkampagne

Europäisches BürgerInnen Forum

Seit Jahrtausenden schaffen Menschen auf der ganzen Welt die Vielfalt der Kulturpflanzen. Sie ist Gemeingut und gehört allen. Dass wir über sie verfügen können, ist grundlegend für das tägliche Brot und unsere Ernährungssouveränität. In vielen Ländern gewinnen, tauschen und verkaufen Bäuerinnen und Bauern bis heute ihr selbst erzeugtes Saatgut.

Die EU will die bestehenden Saatgutgesetze in Europa ändern. Dabei fordern die Saatgutkonzerne die Absicherung der von ihnen beanspruchten geistigen Eigentumsrechte, die Patentierbarkeit ihrer Sorten sowie eine starke Einschränkung, wenn nicht gar ein Verbot, aller bäuerlichen, nicht eingetragenen Sorten.

Zehn Konzerne – unter ihnen Bayer, Monsanto, Syngenta und Limagrain – kontrollieren bereits 67 % des weltweiten Saatgutmarktes. Sie wollen sich das Geschäft mit dem übrigen Markt nicht länger entgehen lassen und ihre eingetragenen Sorten, die meist nur mit chemischen Düngern, Pestiziden und Bewässerung gedeihen können, der ganzen Welt aufzwingen. Aber nicht diese hochgezüchteten Industrie-Sorten werden die Weltbevölkerung in Zukunft ernähren, sondern die vielfältigen, regionalen und an Klimaveränderungen anpassungsfähigen Sorten.

Die Verhandlungen für das neue europäische Saatgutrecht verlaufen bisher im Stillen zwischen Vertre-

tern der Saatgutindustrie und EU-Funktionären und lassen Schlimmes befürchten. Um auf das zukünftige Saatgutrecht Einfluss zu nehmen, wollen wir eine breite Öffentlichkeit für unsere Ziele gewinnen.

Wir fordern:

- das Recht, Saatgut aus eigener Ernte zu gewinnen, nachzubauen und weiterzugeben;
- die Förderung regionaler Sortenvielfalt durch Unterstützung der ErhalterInnen und ZüchterInnen biologischer Sorten;
- das Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft;
- keine Patente auf Pflanzen;
- ein neues Saatgutzulassungsverfahren, das GVO- und chemieintensive Sorten ausschließt;
- die Reduzierung des hohen Energieverbrauchs in der Landwirtschaft, der durch Einsatz von Industriesorten, Kunstdünger und Pestiziden, durch Monokulturen und weite Transporte entsteht.

Bestellung von Unterschriftenbögen und Sendung von ausgefüllten Bögen bis zum 31. Dezember 2010 an: Jürgen Holzapfel, Europäisches BürgerInnen Forum, Stubbendorf 68, 17159 Dargun – info@saatgutkampagne.org

Informationen: www.saatgutkampagne.org

UMWELTNACHRICHTEN

Nach dem Fiasko in Kopenhagen eine Wohltat

Sabine Wils

Brüssel. Das Ergebnis des alternativen Klimagipfels im bolivianischen Cochabamba kann sich sehen lassen. Sabine Wils: „Im zähen Ringen um ein weltweites Klimaschutzabkommen nahm sich das Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen beinahe wie eine traurige Routineübung aus - umso dümmere stehen die Zögerer und Zauderer nun angesichts der Ergebnisse des alternativen Klimagipfels da. Die von 45 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern erarbeitete Resolution zeigt, wie glaubwürdige und solidarische Lösungen gegen die globale Klimakrise aussehen müssen.“ Die Kernforderung der Erklärung liegt in der Reduktion der Treibhausgase um 50 Prozent bis zum Jahr 2020. Dies sei ein mutiges und längst überfälliges Ziel, so Wils.

Auch die Forderungen nach Verwirklichung eines globalen Referendums über eine Änderung der Wirtschaftsordnung sowie der Einrichtung eines internationalen Klimagerechtigkeitstribunals seien Beweis erfolgreicher Verhandlungen, bei denen Gerechtigkeit und Zielstrebigkeit im Mittelpunkt standen. „In

Cochabamba wurde deutlich: Klimagerechtigkeit ist nur für diejenigen eine hohle Phrase, die den Klimaschutz den Profitinteressen des Kapitalismus unterordnen. Das kapitalistische System stützt sich auf den Raubbau von Ressourcen und der Umwelt - Verteilungsgerechtigkeit ist ihm ebenso fremd wie nachhaltiges und solidarisches Wirtschaften.“ Die Ergebnisse des Treffens, an dem Vertreterinnen und Vertreter aus 136 Ländern teilnahmen, seien Maßstäbe, an denen sich die kommende UN-Klimakonferenz Ende des Jahres im mexikanischen Cancún messen lassen müsse, so Wils.

Pressemitteilung der LINKEN in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), 23.04.2010
Quelle:

http://www.dielinke-europa.eu/nc/positionen_dokumente/presseerklarungen/detail/artikel/nach-dem-fiasko-in-kopenhagen-eine-wohlthat/

Bürgermeisterkandidat der Linken fordert mit Solarstrom betriebene Straßenbeleuchtung, um Kosten zu sparen und die Umwelt zu schonen

Marion Morassi, Wolfgang Huste

„Solare Stadtbeleuchtung entlastet nachhaltig kommunale Budgets. Denn die Sonne scheint kostenlos.“ So der Bürgermeisterkandidat der Linken in Bad Neuenahr, Wolfgang Huste, der auch Pressesprecher der Landesarbeitsgemeinschaft „Ökologische Plattform Rheinland-Pfalz“ ist. Die Firma Krinner, marktführender Ausrüster in der Solarbranche, montiert die mit Solarstrom betriebenen, langlebigen Straßenleuchten direkt vor Ort. Licht auf öffentlichen Straßen und Plätzen schafft Sicherheit und Atmosphäre. Entscheider in Kommunen kennen den ästhetischen, kulturellen und sozialen Wert von Licht im öffentlichen Raum. Rund ein Drittel der herkömmlichen Straßenleuchten ist allerdings technisch überholt und verbraucht mehr Energie als notwendig. Die Sprecherin der Linken in Bad Neuenahr, Marion Morassi: „Mit solar betriebenen Straßenlampen können wir auch in unserer Kommune eine ökologische und wirtschaftliche Lösung schaffen. Sie werden schnell und kostengünstig auf Schraubfundamenten montiert. Danach senken sie den CO₂-Ausstoß und die Energiekosten auf Null – ein wertvoller Beitrag zum Umweltschutz und zur Sanierung der kommunalen Kasse.“ Elektrische Energie liefert ein Solarmodul. Mit 25 Watt Leistung erzeugt es auch an bewölkten Tagen genug Ladestrom für den integrierten Hochleistungsakku. Nachts versorgt der Akku die energieeffizienten LEDs im Leuchtenkopf mit Strom. Er speichert genügend Energie für jeweils 15 Stunden Leuchtdauer während drei bis vier aufeinander fol-

gender Nächte. Auch lange Winternächte im Dezember und Januar sind also sicher ausgeleuchtet. Städte und Gemeinden, die auf solare Verkehrsbeleuchtung umstellen wollen, profitieren von der einfachen Montage. Als erste Referenz einer solar beleuchteten Kommune hat die niederbayerische Gemeinde Ascha sieben Solarlampen auf einer Dorfstraße montieren lassen. Bürger und Gemeindegasse profitieren langfristig doppelt, denn die Straßenleuchten verursachen keine Stromkosten und auch sehr geringe Wartungskosten. Gemäß der europäischen Norm DIN EN 13201 eignen sich die Solarstraßenleuchten für Fußgänger- und Radfahrbereiche, Stand- und Sicherheitsstreifen, Anwohnerstraßen, Fußgängerzonen, Parkstraßen, Schulhöfe usw. Auch Gewerbekunden und Privatleute können ihre Gärten und Golfplätze, Freiflächen, Zufahrten und Ausstellungsflächen damit beleuchten. Wolfgang Huste fragt sich: „Wann stellen wir unsere kommunale Straßenbeleuchtung auf umweltfreundliche Solarstromlampen um?“

Deutsches Schienennetz dramatisch geschrumpft. Europäische Nachbarn bauen auf die Eisenbahn

Pressemitteilung Allianz pro Schiene, 29.04.2010

Berlin. Kein anderes Land im Kerngebiet der Europäischen Union hat sein Schienennetz in den vergangenen 20 Jahren so gewaltig geschrumpft wie Deutschland. Mit einem Minus von 17,4 Prozent im Zeitraum von 1990 bis 2008 gehört Deutschland zu den abgeschlagenen Schlusslichtern der EU 27: Nur Polen platzierte sich mit einem Abbau von 25,2 Prozent seiner Netzlänge noch hinter Deutschland. Nach einer Aufstellung der Allianz pro Schiene, die auf Daten der EU-Kommission basiert, schrumpfte das Schienennetz in ganz Europa im selben Zeitraum um 8,1 Prozent. Dagegen setzte rund ein Drittel der EU-Länder auf den Ausbau des heimischen Eisenbahnnetzes: Die Schweizer Schienenwege wuchsen um 10,6 Prozent, Italien (plus 4,9 Prozent) und Spanien (plus 3,5 Prozent) bauten ebenfalls ihr Gleisnetz aus. „Mit seinem Schrumpfkurs geht Deutschland einen Sonderweg und droht, den internationalen Anschluss zu verpassen“, kritisierte der Vorsitzende der Allianz pro Schiene, Klaus-Dieter Hommel, und warnte zugleich vor dem Reflex, die Streckenstilllegungen den Eisenbahninfrastrukturunternehmen anzulasten. „Die Verantwortung für die Schieneninfrastruktur liegt beim Staat: Die Netzschrimpung ist politisch gewollt.“

Die Allianz pro Schiene beklagte, dass die Regierung beim Thema Neu- und Ausbau in Deutschland immer noch einseitig auf Asphalt setze. Während das Schienennetz seit 1990 ein Sechstel seiner Länge eingebüßt hat, wächst das deutsche Straßennetz

kontinuierlich. Mit 231 000 Kilometern ist es heute 2,1 Prozent länger als 1991. „Angeblich wollen wir Verkehrsverlagerung auf die Schiene, aber gleichzeitig werden Straßen gebaut und Schienen abgebaut“, sagte der Allianz-Vorsitzende. „Die tatsächlich praktizierte Schwerpunktsetzung geht damit in die falsche Richtung.“ Die Vorrangpolitik zugunsten der Straße spiegele sich auch in der Höhe der staatlichen Infrastrukturinvestitionen: Anders als viele europäische Nachbarn investiere Deutschland Jahr für Jahr deutlich mehr Geld in die Straße als in die Schiene. Hommel erinnerte an die jüngste Streichlisten-Diskussion zur Infrastruktur, bei der deutlich geworden war, dass viele Schienen-Projekte des vorranglichen Bedarfs ohne staatliche Finanzierung dastehen. „Statt immer weiter Autobahnen zu bauen, sollte der Bund endlich klare Prioritäten für den Schienenausbau setzen“, sagte Hommel. Mit fünf Milliarden Euro jährlich, also etwa einer Milliarde mehr als im Haushalt vorgesehen, könne Deutschland in Europa den Anschluss halten, sagte Hommel. „Damit hätten wir dann wenigstens italienische Verhältnisse.“

Quelle

<http://www.allianz-pro-schiene.de/presse/pressemitteilungen/2010/19-deutsches-schienennetz-geschrumpft/>

Transparenz für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen. Untersuchungsausschuss Gorleben nimmt Arbeit auf

Dorothee Menzner, Kornelia Möller

„Wir werden im parlamentarischen Untersuchungsausschuss Gorleben in enger Zusammenarbeit mit fachkompetenten Wissenschaftlern Licht ins Dunkel von Gorleben bringen“, kommentiert Dorothee Menzner, Obfrau im Untersuchungsausschuss und energiepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die heutige Konstituierung des Untersuchungsausschusses.

„Wir werden im Verlauf der Vernehmungen und des Aktenstudiums aufzeigen, dass für die Festlegung des Standorts Gorleben keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, sondern rein politische Gründe entscheidend waren. Schon die Erfahrungen in der Asse zeigen, dass ein Salzstock untauglich für die Lagerung der strahlenden Brennstäbe ist.“

Kornelia Möller, zweites Mitglied der LINKEN im Untersuchungsausschuss, kommentiert die Konstituierung weiter: „Sollte sich der Verdacht erhärten, dass politischer Druck anstatt geologischer Kriterien für die Wahl Gorlebens ausschlaggebend war und Fakten zur Eignung von Gorleben als Atommülllager geschönt oder gar verschwiegen wurden, wäre dies ein Skandal, der weitreichende Folgen hätte. So müsst-

ten zuallererst die AKWs Biblis, Unterweser und Brunsbüttel sofort stillgelegt werden, da ihnen der Entsorgungsnachweis für ihre Betriebserlaubnis wegbrechen würde. Der LINKEN geht es darum, Transparenz für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen und Gorleben endgültig zu stoppen.“

Nachricht vom 22.04.2010

Quelle: <http://www.linksfraktion.de/nachricht.php?artikel=1443982062>

235 Atomtransporte – Hamburg im Atomwahnsinn

Pressemitteilung der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE Hamburg, 13.03.2010

Zum ersten Mal lässt sich eine belastbare Einschätzung vornehmen, wie viele Atomtransporte im Jahr 2009 tatsächlich durch Hamburg gingen: Rund 235, das heißt im Schnitt alle 1,5 Tage ein Transport. Der Senat hatte noch im Oktober 2009 von einem „leicht abnehmenden Trend“ gesprochen (Drs. 19/4247), obwohl schon damals die Zahlen aus Anfragen der Fraktion DIE LINKE das Gegenteil nahelegten.

„Unsere Hartnäckigkeit hat sich ausgezahlt, die Zahlen sind erschreckend: Auf das Jahr 2009 hochgerechnet führen rund 235 Atomtransporte mit radioaktivem und hochgiftigen Material mitten durch Hamburg“, kritisiert Dora Heyenn, Fraktionsvorsitzende und umweltpolitische Sprecherin.

Nach 113 Transporten von „Kernbrennstoffen“ im Jahr 2008 stiegen diese Transporte 2009 noch einmal auf 135 an. Im zweiten Halbjahr 2009 kamen außerdem noch 49 Transporte in der zweiten Gruppe der „sonstigen radioaktiven Stoffe“ hinzu, die im Hafen umgeschlagen wurden. Erstmals konnte ein vollständiger Halbjahreszeitraum dieser Gruppe erfasst werden (Drs. 19/3011, 4232, 4535 und 5356). Für das erste Halbjahr sind dazu keine Daten mehr gespeichert. Außerdem werden Transporte „sonstiger radioaktiver Stoffe“, die nicht über den Hafen, sondern ausschließlich über die Straße abgewickelt werden, überhaupt nicht erfasst. Der Container des am Montag in Bremen gestoppten Schrotttransports aus Hamburg enthielt Uranhexafluorid, das einen Großteil aller Hamburger Transporte ausmacht.

„Der in Bremen gestoppte Schrottcontainer ist im Hamburger Hafen anstandslos umgeladen worden. Das zeigt, wie es um die Sicherheit bei den Atomtransporten bestellt ist. Der Senat ist für die Sicherheit der Hamburgischen Bevölkerung verantwortlich und muss endlich etwas unternehmen. Das werden wir in der Bürgerschaft einfordern“, erklärt Heyenn.

DIE LINKE will einen Entschließungsantrag in die Bürgerschaft einbringen. Einen ähnlichen Antrag hatte bereits die Linksfraktion in der Bremischen Bür-

gerschaft eingebracht. Dieser ist aber von der rot-grünen Mehrheit abgelehnt worden.

Quelle:

<http://www.die-linke-hh.de/presse/detail/mehr/2/artikel/presse/235-atomtransporte-hamburg-im-atomwahnsinn.html>

Vorsicht, giftig: Elektroschrott

Sabine Wils

Brüssel. Umweltausschuss nimmt Bericht zur Beschränkung der Verwendung gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten, kurz RoHS, an.

9,3 Millionen Tonnen Elektro- und Elektronikschrott werden jedes Jahr in der EU produziert, Tendenz steigend. Alte Handys, Computer, Kühlschränke, Fernsehgeräte etc. stellen mit ihren schädlichen Inhaltsstoffen eine Gefahr für Umwelt und die Gesundheit dar.

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag für die Neufassung der Richtlinie zur Verwendung gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten vorgelegt. Der heute angenommene Bericht ändert den Vorschlag der Kommission weitgehend.

Die Europaabgeordnete Sabine Wils, Mitglied im Umweltausschuss, begrüßte das Votum. Der Bericht weise jedoch Schwachstellen auf.

Der Bericht der grünen Abgeordneten Jill Evans wurde heute mit nur einer Gegenstimme angenommen, allerdings war der Ausschuss in den entscheidenden Fragen gespalten.

Wils bedauert, dass die Liste der verbotenen Substanzen (Anhang IV) nicht um einige der gefährlichsten Substanzen ergänzt werden konnte: „Bromierte und chlorierte Flammschutzmittel, aber auch PVC, müssen verboten werden. Wenn diese bei zu niedrigen Temperaturen in Müllverbrennungsanlagen verbrannt werden, entstehen hochgiftige Dioxine. Dioxine entstehen auch bei Schwelbränden auf Mülldeponien in Entwicklungsländern und gefährden dort die Gesundheit von Kindern, die Müll sammeln oder versuchen, an wertvolle Metalle in Altgeräten zu kommen, indem sie die Kunststoffteile verbrennen.“

Ein bedeutender Teil der Industrie produziert bereits erfolgreich Geräte aus den Bereichen IT- und Kommunikationstechnologie sowie Unterhaltungselektronik, die frei von PVC und bromierten Flammschutzmitteln sind. „Ich kann daher nicht nachvollziehen, was die Mehrheit meiner Kolleginnen und Kollegen im Umweltausschuss dazu bewogen hat, gegen ein Verbot dieser Stoffe ab 2014 zu stimmen“, so Wils.

Positiv zu bewerten ist der umfassend erweiterte Anhang III. Die Stoffe in Anhang III werden vorrangig bei der Überprüfung der Kommission behandelt, ob sie unter Anhang IV eingeordnet und somit verboten werden. Dabei liegt die Priorität auf möglichen Gesundheitsrisiken und Umweltgefahren, die durch die

Substanzen in Anhang III aufkommen. Wils: „Nachdem die giftigen Substanzen es nicht in die Liste der verbotenen Stoffe geschafft haben, wurde mit dem umfangreichen Anhang III durch den Umweltausschuss aber dennoch die große Gefahr anerkannt, die von den vielen Substanzen ausgeht.“

Änderungsanträge zur Verbesserung der Methodik für zukünftige Beschränkungen, fokussiert auf Abfallaspekte, sowie verbesserte Ausnahmeregelungen wurden ebenfalls angenommen.

„Nun geht es darum, eine weitere Verwässerung des Berichts bei der Abstimmung im Plenum Anfang Juli zu verhindern. Ich setze mich weiterhin für eine wirkungsvolle Richtlinie für den Schutz von Mensch und Umwelt ein.“

Pressemitteilung der LINKEN in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), 02.06.2010

Quelle:

http://www.dielinke-europa.eu/nc/positionen_dokumente/presseerklarungen/detail/artikel/vorsicht-giftig-elktroschrott/

Smileys für Berlin - erstes Bundesland will Lebensmittelkontrollen vor Ort veröffentlichen

foodwatch, Newsletter, 12.03.2010

Als erstes Bundesland will Berlin die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen mit dem Smiley-System nach dänischem Vorbild veröffentlichen! Das hat Gesundheitssenatorin Katrin Lompscher (LINKE) heute angekündigt. Demnach sollen die Verbraucher direkt in Gaststätten und Lebensmittelgeschäften per Aushang und mit Smiley-Symbolen informiert werden, welcher Betrieb sich an die Hygienevorgaben hält – und welcher nicht. Macht Berlin die Ankündigung wahr, wäre das ein großer Erfolg für die foodwatch-Kampagne. Foodwatch hatte das dänische Modell in Deutschland bekannt gemacht und sich dafür eingesetzt. Im April 2009 forderten in unserer Emnid-Umfrage 87 Prozent der Bundesbürger die Einführung des Smiley-Systems. Helfen Sie mit, dass die Hauptstadt ihre Ankündigung wahrmacht – und die anderen 15 Bundesländer folgen. Wenn Sie Schmuddelrestaurants künftig auf einen Blick erkennen wollen, dann unterzeichnen Sie unsere Mitmachaktion für ein bundesweites Smiley-System!

Quelle:

http://foodwatch.de/newsetter/newsletter_archiv/2010/smileys_fuer_berlin/index_ger.html

BÜCHERECKE

Für ein ökologisch-emanzipatorisches Vorgehen

Alexander Amberger

Barack Obama beschwört ihn, die „Grünen“ auch, und selbst die schwarz-gelbe Koalition mit Angela Merkel an der Spitze zeigt sich nicht abgeneigt: Der „Grüne Kapitalismus“ scheint die Zukunft zu sein. Doch warum präsentieren sich die neoliberalen Prediger von gestern nun als Retter der Erde? Und inwiefern ist das reflexartige Misstrauen gegenüber einer so interpretierten und vereinnahmten Klimapolitik gerechtfertigt? Antworten darauf gibt das Buch „Grüner Kapitalismus“ von Stephan Kaufmann und Tazio Müller, das kürzlich im Rahmen der Reihe „einundzwanzig“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung erschien. Die Autoren liefern Bestandsaufnahmen sowohl von der Klimabewegung als auch vom Stand des umweltpolitischen Diskurses. Darauf aufbauend zeigen sie Entwicklungslinien und -potenziale auf. Sie liefern so neben der Analyse auch einen strategischen Ausblick.

Es kommt der Studie zugute, dass sie für die empirische Beweisführung vorrangig auf Aussagen und Zahlenmaterial aus dem bürgerlichen Spektrum zurückgreift. Nicht, dass diese Daten qualitativ besser wären als linke – aber sie verschaffen den Aussagen auch Glaubwürdigkeit außerhalb des linken politischen Feldes.

Wer also dem „Focus“-lesenden Nachbarn Beweise für den Klimawandel und dessen kapitalistische Ursachen vorlegen möchte, greife auf dieses Buch zurück. Es kann durch seine Quellen nicht mit dem Argument „linke Propaganda!“ zurückgewiesen werden.

Insbesondere der Wirtschaftsjournalist Kaufmann liefert in seinem Teil des Buches eine Fülle von Daten, mit denen er seine These: „Klimaschutz, der dem kapitalistischen Wachstum schadet, ist nicht vorgesehen“ belegt. Er kommt zu dem Schluss: „Klimaschutz muss sich für den Standort lohnen, sonst findet er nicht statt. Dies ist ein offensives Programm, das jedes Land für sich und gegen die anderen verfolgt.“ Dem Klimaschutz stehen damit sowohl volkswirtschaftliche als auch betriebswirtschaftliche Interessen entgegen. Auf beiden Ebenen gilt: Niemand will mehr zahlen als die Konkurrenz. Unter diesen Vorzeichen scheint eine Aussöhnung zwischen Mensch und Umwelt nicht möglich. Kaufmann kommt zu dem Ergebnis, dass eine andere Wirtschaftsweise unumgänglich sei, der Kapitalismus könne das Klimaproblem nicht lösen. Seine Widersprüche seien unauflösbar, und er führe auf direktem Weg in die Katastrophe.

Sein Koautor Tazio Müller ist Klimaaktivist. Beim Klimagipfel in Kopenhagen war er unter jenen, die

„präventiv“ verhaftet wurden. Während Kaufmann die wirtschaftliche Seite des „Grünen Kapitalismus“ ausleuchtet, setzt sich Müller mit Gegenstrategien auseinander. Dabei beschreibt er zunächst, dass der „Green New Deal“ nach dem Niedergang des Neoliberalismus als Ersatzideologie dienen sollte. Zweck des „Grünen Kapitalismus“ sei es, als Rettungsanker der kapitalistischen Produktionsweise zu fungieren. Der „Green New Deal“ als ökokeynesianisches Konzept soll den Neoliberalismus als hegemoniale Ideologie ablösen. Müller deutet dies mit Verweis auf die Hegemonietheorie Gramscis. Das Problem des „Green New Deal“ sei, dass er zwei zentrale Widersprüche ignoriere: den zwischen Wachstum und Endlichkeit der Ressourcen und jenen zwischen Kapital und Arbeit. Er erklärt den Unterschied zwischen dem „New Deal“ der dreißiger Jahre und einem „Green New Deal“: Hinter ersterem stand die Macht der Gewerkschaften, also der Massen. Letzterer hingegen sei nur zum Nutzen des Kapitals. Die Kosten hierfür übernahmen die Armen, das Ganze sei ein gigantisches Umverteilungsprojekt von unten nach oben.

Müller meint, dass man sich dem nicht beugen dürfe. Um die Geschichte selbst zu schreiben, bedürfe es einer emanzipatorischen Bewegung, die gezielt gegen die Verursacher des Klimawandels und deren Ideologen vorgehe. Diese Bewegung müsse für eine Abkehr vom Wachstum, also auch vom Kapitalismus, kämpfen. Umweltpolitische Reformen brächten nicht viel, wie die letzten 30 Jahre gezeigt haben. Der Weg über Parlamente und politische Institutionen sei verbaut. Man brauche deshalb eine global vernetzte außerparlamentarische Klimabewegung, die sich aus der überlebten globalisierungskritischen Bewegung herauschälen müsse. Diese brauche Konzepte, die auf eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen. Er verweist dabei auf bereits bestehende Ansätze, wie „Klimagerechtigkeit, solidarische Transformation und Schrumpfungswirtschaft“, die ausgebaut werden müssten. Das Wachstumsdogma, welches seit Jahrhunderten in der westlichen Welt fest verankert ist, müsse überwunden werden. Dies gehe nur, wenn man überzeugende Alternativen aufzeigen könne.

Die Klimabewegung dürfe aber nicht im eigenen Saft schmoren und dabei im hergebrachten Antikapitalismus verharren. Kooperation mit einigen Anhängern des „Grünen Kapitalismus“ könne nicht tabu sein, solange die eigenen Ideale dabei bewahrt bleiben.

Das Funktionieren eines „Grünen Kapitalismus“ wird als wesentlich realitätsfremd bezeichnet als jede Alternative zum kapitalistischen Wachstum. Denn Kapitalismus (der auf Wachstum und Ausbeutung von Mensch und Natur beruht) und Umweltschutz sind ein unvereinbarer Widerspruch, so die Autoren. Dieser Standpunkt ist natürlich nicht neu. Schon Marx und Engels beschrieben diesen Antagonismus. Und seit den 1970er Jahren findet er auch in konservativen Kreisen Anerkennung, man erinnere sich nur an Herbert Gruhl („Ein Planet wird geplündert“, 1975). Dennoch ist es richtig, immer wieder neu darauf hin-

zuweisen. Denn auch wenn der gegenwärtige Winter die Skeptiker wieder lauter werden lässt: Der Klimawandel ist real. Die Welt besteht nicht nur aus Deutschland, das Problem ist global und nicht kurzfristig.

Im Anhang des Buches finden sich noch zwei Beiträge. Im ersten geht der Herausgeber der Reihe „einundzwanzig“, Dieter Klein, auf die Texte von Kaufmann und Müller ein. Er greift die Aufforderung Müllers auf und unterbreitet strategische Vorschläge für ein ökologisch-emanzipatorisches Vorgehen. Der zweite (englische) Text stammt von Victor Wallis und hat den „Grünen Kapitalismus“ als Theorie und Praxis in seinem Heimatland USA zum Thema. Auch dieser Text ist lesenswert.

Das Buch ist ohne Einschränkung zu empfehlen. Wer Bestätigung für die Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Klimaschutz braucht, bekommt hier einen breiten Fundus an Belegen und Argumenten; wer bisher noch auf die Möglichkeit eines grünen Kapitalismus hoffte, darf sich die Illusionen zerstören lassen. Was das Buch nicht zu leisten vermag, ist die Entwicklung einer konkreten Strategie für eine breite globale Klimabewegung. Diese zu entwickeln bleibt Aufgabe vieler Menschen. Das Buch möchte hierzu einen Anreiz geben. Dafür benötigt es eine große Leserschaft. Es wäre schön, wenn es sie bekäme und damit Baustein einer hörbaren Kritik am „Grünen Kapitalismus“ würde.

Stephan Kaufmann/Tadzio Müller: Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums, Karl Dietz Verlag, Berlin 2009, 19,90 €, 268 S.

Eine Kurzfassung veröffentlichte das Neues Deutschland am 17.02.2010.

Großflughafen Schönefeld in der Schuldenfalle? Frank Welskop warnt in seinem Buch vor dem Luxusflughafen für Billigflieger

Marko Ferst

Alle Versuche, den geplanten Großflughafen Schönefeld in private Regie zu überführen, scheiterten. Das hat Gründe. Ohne ständige staatliche Subventionen ginge er unvermeidlich pleite, so das Resümee von Frank Welskop in seinem neuen Buch zum BBI. Der Verkehrsexperte arbeitete als Mitarbeiter in der Berliner Linksfraktion und trug für die Politik höchst unbequeme Zahlen und Fakten zusammen. Der Umsatz in Berlin je Passagier fiel von fast 15 € im Jahr 2002 auf zwölf Euro 2007. Dagegen nimmt der rentable Frankfurter Flughafen 42 € pro Fluggast ein. Damit der BBI aus den roten Zahlen käme, müsste er mindestens 20 € erwirtschaften. Frachtverkehr spielt für Berlin mit nur 0,67 % Anteil 2007 keine Rolle. Bisher gibt es nur 0,15 % Fluggäste, die in Berlin

umsteigen und, wie in Frankfurt, Geld in den riesigen Einkaufspassagen lassen könnten.

Zur Eröffnung des BBI werden Billigflieger mit rund 70 % den Verkehr dominieren. Damit ist er mit dem Flughafen Frankfurt/Hahn für niedrigpreisige Airlines vergleichbar, der pro Passagier 4,50 € Verlust einfliegt. Die Rabattsysteme für Schönefeld, um Billigflieger anzuziehen, sorgen dafür, dass die Berliner Flughäfen unrentabel arbeiten und subventioniert werden müssen. Überdies konterkariert man so durch staatliche Zuschüsse Klimaschutz, fördert die umweltschädlichste Verkehrsform. Welskop spricht von einem dreistelligen Millionenbetrag zwischen 2003 und 2007, der dafür abgezwickelt wurde.

Es besteht die Gefahr, dass europarechtliche Bestimmungen die weitere Subventionierung des BBI aus Landesmitteln untersagen. Dann ist die Abwärtsspirale unaufhaltsam. Steigende Flughafengebühren führen zu rapide sinkendem Passagieraufkommen und immer höheren Schuldenbergen. Wie ist die Pleite dann aufzuhalten? Auch Kleinflugzeuge müssen in Schönefeld starten. Durch sie sinkt der Umsatz um ca. 20 %, so Welskop. Schon jetzt gab es mehrfach Störfälle durch die Kleinen, weil stundenlang die aktuelle Startbahn nicht genutzt werden konnte.

Bei Planung und Bau des BBI verschleudert die Politik Steuermittel in gigantischem Ausmaß. So verweist der Autor auf den weltweit anerkannten Flughafenplaner Faulenbach da Costa. Während für den BBI 30 Millionen Fluggäste pro Jahr beantragt sind, wird jetzt eine Terminalkapazität in Beton gegossen, die für mindestens 90 Millionen ausgelegt ist. Das Passagierfeld ist für 70 Millionen Passagiere ausreichend und das Start- und Landebahnsystem für 56 Millionen. Wenn das kein Grund für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss ist, was dann? Immerhin könnte man gigantische Kosten sparen, wenn die überdimensionierten Bauten noch rechtzeitig abgespeckt würden. Im ebenfalls überbauten unterirdischen Bahnhof wird nie ein ICE halten, weil die Züge keinen Umweg über Schönefeld nehmen werden. Die Ost-West-Bahnanbindung dürfte erst Jahre nach der BBI-Eröffnung fertig sein.

Frank Welskop rechnet anhand der bereits für den Bau aufgenommenen Kredite vor, dass selbst bei optimistischen Annahmen ein jährlicher Schuldendienst von 226 Millionen € entsteht. Wollte man schwarze Zahlen schreiben, die oben genannten 20 € pro Passagier, bei jährlich 25 Millionen Fluggästen, müsste der BBI mit jährlich 360 Millionen Euro subventioniert werden. Doch die Schulden für Bau und unrentablen Betrieb des VEB Schönefeld müssen getilgt werden. So rechnet der Verkehrsexperte vor, dass der Großflughafen in den nächsten zehn Jahren über 10 Milliarden Euro an Kosten verursachen wird. Da Welskop jeden Posten detailliert erläutert, sollte es für Experten leicht sein, seine Rechnung zu überprüfen.

Weltweit einmalig ist am Flughafen Schönefeld, dass er mitten in dicht bewohnte Siedlungsräume eingeklemmt wird. Der Absturz eines Flugzeugs hätte verheerende Folgen auch am Boden. 2006 verhängte

das Leipziger Bundesverwaltungsgericht ein Nachtflugverbot. Doch die Lobbyisten des BBI wännen sich längst über Richtersprüchen stehend. Statt der ursprünglichen 90 Nachtflüge wollen sie jetzt maximal 113 durchsetzen. Wieder werden enorme finanzielle Lasten auf die Anwohner abgewälzt. Jede klagende Familie verlor schon im zurückliegenden Prozess deutlich mehr als 1 200 Euro.

Steigt der weltweite Ölbedarf und stagniert die Ölfördermenge oder geht in wenigen Jahren wie vorherzusehen zurück, ist das Massensterben der Billigflieger nicht mehr aufzuhalten. Durch die sinkenden Ölvorräte könnte ein Preis von 150 oder 200 € pro Barrel laut kritischer Experten bald unvermeidbar sein. Ist die maximale Fördermenge global überschritten, wird es zu immer neuen Preisspitzen kommen. Schon heute entfallen 50 % der Kosten für die Billigflieger auf Kerosin. Besteuert man den Flugsprit, erhebt die Mehrwertsteuer wie für andere Güter auch und bezieht den Flugverkehr in den Emissionshandel ein, könnten bald viele Flugzeuge in den Ruhestand geschickt werden. Positiver Nebeneffekt des Klimaschutzes: Die Anwohner müssen nicht mehr im Minutentakt den Lärm aushalten. Für den BBI bedeutet diese mittelfristige Perspektive den endgültigen finanziellen Absturz. Verluste in der Größenordnung wie beim Berliner Bankenskandal sind dann nach Welskop unvermeidlich. Doch die BBI-Akteure sind Gefangene ihrer irrationalen Flughafenpolitik. Die 40 000 Arbeitsplätze, welche die Länder schaffen wollen, so aktuell der Koalitionsvertrag in Brandenburg, sind nichts als Luftschlösser.

Frank Welskop: BBI – ein neuer Berliner Bankenskandal?, Kai Homilius Verlag, Berlin 2009, 19,90 €; 238 S.

Erstveröffentlichung: Neues Deutschland, 11.1.2010

Buchempfehlungen

Zusammenstellung von Marko Ferst

Veronika Bennholdt-Thomsen

Geld oder Leben. Was uns wirklich reich macht

Die Jagd nach dem Geld bestimmt die Grundlagen unserer Gesellschaft ebenso wie das tägliche Leben jedes Einzelnen. Doch wie lebt es sich jenseits des ständigen Profitstrebens? Ist ein gutes Leben auch ohne Geld möglich? Die Soziologin Veronika Bennholdt-Thomsen geht in „Geld oder Leben“ diesen Fragen nach und zeigt konkrete Alternativen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise auf, jenseits von Wachstumszwang und Geldgier: Umsonstläden, Tauschringe, Nachbarschaftsgärten und kleinräumige Wirtschaftsstrukturen mit regionalen Währungen funktionieren besser als gedacht. Ein leidenschaftliches Plädoyer für die Werte, die im Leben wirklich zählen.

oekom verlag München 2010, ISBN-13 978-3-86581-195-0, 8,95 €, 96 S.

National Geographic - Sechs Grad bis zur Klimakatastrophe?

Es ist eine Welt, in der die Regenwälder Südamerikas ebenso verschwunden sind wie die Eismassen der Arktis. Was heute wie Science-Fiction anmutet, könnte bald bittere Realität werden. Diese Dokumentation zeigt, wie sich der Klimawandel schon heute bemerkbar macht und was uns in Zukunft mit jedem Grad Temperaturanstieg erwartet. Mittels moderner Computeranimationen werden die Auswirkungen auf globaler und regionaler Ebene dargestellt. Gedreht wurde auf allen Kontinenten. Zu Wort kommen neben weltweit führenden Experten auch Menschen, die von ihren persönlichen Erfahrungen mit dem Klimawandel berichten - von Fotografen, die die allmähliche Veränderung ganzer Landstriche dokumentiert haben, bis zu Inselbewohnern, deren Heimat bei einem Anstieg des Meeresspiegels in den Fluten versinken wird. Dabei erklären uns die Wissenschaftler nicht nur, wie dramatisch sich die Dinge noch weiter entwickeln werden, sondern auch, wie wir den schlimmsten vorhergesagten Fall vermeiden können.

DVD, WVG Medien GmbH 2008, 96 min, 14,99 €

Ulrich Schneider

Expertise zum Salzstock Gorleben. Der aktuelle Kenntnisstand im Lichte der aktuellen Ereignisse bei der Asse II

Der Skandal um die Asse hat die atomare Endlagerung im Medium Salz wieder zum Streitpunkt in der Öffentlichkeit gemacht - und damit auch das Endlager für hochradioaktive Abfälle im Salzstock Gorleben erneut zur Disposition gestellt. Der Diplom-Geologe Ulrich Schneider hat den Gorlebener Salzstock im Auftrag der niedersächsischen LINKE-Fraktion wissenschaftlich neu bewertet. Warum Gorleben zu ähnlichen Probleme führt wie die Asse und warum es als Endlager nicht geeignet ist, das lesen Sie in dieser Broschüre. Es handelt sich dabei um eine geologisch ausgerichtete Studie.

DIE LINKE. Fraktion im Niedersächsischen Landtag, 2009, 63 S.

Bestellung: info@linksfraktion-niedersachsen.de

Internet: http://www.linksfraktion-niedersachsen.de/fileadmin/linksfraktion-niedersachsen/Texte/Broschueren_PDF/Broschur_Gorleben_Internet.pdf

Theodor Rathgeber

Klimawandel verletzt Menschenrechte - Über die Voraussetzungen einer gerechten Klimapolitik

Die Hauptleidtragenden des Klimawandels sind die Menschen in den Ländern des Südens. Ihre Lebensräume werden zerstört, ihre Menschenrechte verletzt. Die bestehenden Menschenrechtsstandards bieten gleichzeitig die Möglichkeit, bei den internationalen Klimaverhandlungen Orientierungspunkte zu

setzen: Gleich, ob es um Fragen der Anpassung an die Klimaveränderungen, um Vermeidung von Klimagasen, um Technologietransfers und Fragen der zukünftigen Entwicklung geht – die Menschenrechte ermöglichen als Bezugsrahmen eine recht genaue Bewertung der Politik und ihrer Versäumnisse, insbesondere mit Blick auf die Schwächsten. Die vorliegende Publikation des Politikwissenschaftlers Theodor Rathgeber zeigt anhand von Beispielen die Gefährdungen, denen vor allem indigene Völker ausgesetzt sind, sowie die Instrumente, die das UN-Menschenrechtssystem auch ihnen an die Hand gibt, um ihren Kampf für eine gerechte Klimapolitik zu stärken.

Heinrich-Böll-Stiftung 2009, ISBN 978-3-86928-011-0, 40 S., Bestellung: info@boell.de, Tel. 030 285340

Christopher Kerkovius

Fluch und Segen des Fortschritts oder die Bedrohung der Schöpfung

Zur Lösung der globalen Probleme ist eine ganzheitliche Wahrnehmung der Welt unerlässlich. Nur aus ihr heraus können ein neues Verständnis von der Schöpfung, eine neue Sicht auf die Wirklichkeit erwachsen als Voraussetzungen für einen überlebensnotwendigen Bewusstseinswandel und für globales verantwortungsvolles Handeln. Die Schrift setzt sich kritisch mit dem auseinander, was wir heute unter altem Denken und Weltverständnis verstehen müssen, welche noch dem Cartesianisch-Newtonschen Weltbild der Aufklärung und insbesondere der Newtonschen Physik verpflichtet sind. Es handelt sich um ein streng mechanistisches Weltbild, das auf einem klaren Ursache-Wirkungsprinzip aufbaut und weitgehend linear ist. Da die allgemeine Wahrnehmung der globalen Probleme und ihrer vielfältigen Ursachen nur unzureichend stattfindet, wird auf die notwendige neue Sicht auf die Wirklichkeit im Lichte der neuen Physik und auf das entsprechende erhebliche Defizit selbst in relevanten Wissenschaften eingegangen. Dieses Buch stellt unerbittliche Fragen zur Zukunftsfähigkeit der menschlichen Zivilisation, analysiert die Situation, das Versagen von Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichen Institutionen, sucht nach Wegen aus der Krise. Der Zeitgeist der letzten Jahrzehnte wird eingefangen, die richtungweisenden Ansätze zum Verändern, zum Umsteuern durch Wissenschaftler, Geistesschaffende, gesellschaftliche Gruppierungen werden vor Augen geführt. Mit einem Vorwort von Michael Succow.

Mecklenburger Buchverlag 2009, ISBN-13 978-3-9812309-1-8, 19,80 €, 284 S.

Bangladesch

Gedicht von Marko Ferst

Da kommen sie immer wieder
reißen ihren Schlund auf
schlingen den Boden
fruchtbare Krume
jene Meeresfluten
zehren an Blech und Hütten
dringen immer tiefer
mit ihrem verderbenden Salz

Da kommen sie immer wieder
die Angststände steigender Pegel
es zerbricht und schlingt Menschen
die Tage des Reis sind gezählt
und es fehlt der eigene Grund
jenseits von Flachzonen
die ein Versprechen sein könnten
stattdessen diktieren Abbrüche
aus allen Poren dringt Armut
mehr als je zuvor

Noch lassen sich
die Schuldtitel nicht einklagen
in Deutschland, Amerika, Frankreich
China oder anderswo
in den Sündenpfuhlen
den Brutstätten steigender Wasser
jenen Ländern
die jedes Gericht
und jede Gerechtigkeit
zu purem Gespött machen

Es kommt Rat, Flut
und großes Schweigen

Abb. auf der Titelseite

Das Foto zeigt eine Remineszenz vom diesjährigen Umweltfestival am 5. und 6. Juni in Berlin, dass wie immer auf bewährte Weise von der Grünen Liga getragen wurde. Sowohl die Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt Berlin als auch die Bundesebene der ÖPF waren wieder mit Ständen präsent.

Hinweis für die nächste Ausgabe

Der in der letzten Tarantel angekündigte Artikel zu den ökologischen Aspekten im Zusammenhang mit dem bedingungslosen Grundeinkommen wird erst in der nächsten Nummer erscheinen.

Schriftenreihe

„Beiträge zur Umweltpolitik“

Ercan Ayboga (unter Mitarbeit von Wasilis Rauch und Annelies Broekman)

„Wasser im Blickpunkt des Kapitals.“

Wie die wichtige Ressource zur Profitquelle gemacht und zerstört wird“

Der Autor beschäftigt sich mit der Tendenz zur Privatisierung der Wasserressourcen im Zuge der zunehmenden Globalisierung und dem Kampf der Bewegungen dagegen. Nicht die zunehmende Verknappung der Ressource Wasser ist das Hauptproblem der Zukunft, sondern vielmehr seine Verschmutzung und ungerechte Verteilung. Anhand zahlreicher Beispiele wird die Entwicklung in einigen Ländern geschildert, z. B. in der Türkei, aber auch in Indien oder in Metropolen wie Berlin.

In einem abschließenden Kapitel werden auch die Auswirkungen des zu erwartenden Klimawandels erörtert.

Die Broschüre kann wie immer über die ÖPF bezogen bzw. unter www.die-linke.de heruntergeladen werden.



Um die Verfügbarkeit und Verbreitung unserer seit 2005 erschienenen Broschüren, die z. T. schon vergriffen sind, auch zukünftig zu sichern, haben wir uns entschlossen, die „Beiträge zur Umweltpolitik“ auch in den Onlineshop der LINKEN einzustellen. Sie erscheinen mit fortlaufender Nummerierung. Als erste Hefte sind die Broschüren „Grünes Auto“ oder „Solarauto“? Ist individuelle Mobilität mit dem Auto nachhaltig möglich? (Heft 2/2007) und „Das zukunftsgerichtete Einfamilienhaus“ (Heft 1/2009) als Nr. 1 bzw. 2 publiziert worden. Sie können unter <https://shop.die-linke.de> für 4 € erworben werden.

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF:

Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000
C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform

Autorenangaben

Brandt, Götz: Sprecherrat der ÖPF

Bulling-Schröter, Eva: Umweltpolitische Sprecherin der BTF DIE LINKE, Vorsitzende Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ferst, Marko: Sprecherrat der ÖPF

Huste, Wolfgang: Koordinierungsrat LAG Ökologische Plattform Rheinland-Pfalz

Lenkert, Ralph: Abgeordneter der BTF DIE LINKE

Löhle, Claudia: Politikwissenschaftlerin, Projektberatung BürgerBegehren Klimaschutz e. V.

Menzner, Dorothee: Parlamentarische Geschäftsführerin, Energiepolitische Sprecherin der BTF DIE LINKE

Möller, Kornelia: Abgeordnete der BTF DIE LINKE

Morassi, Marion, Koordinierungsrat LAG Ökologische Plattform Rheinland-Pfalz

Sarkar, Saral: siehe Beitrag

Shiva, Vandana: siehe Beitrag

Stüber, Sabine: Abgeordnete der BTF DIE LINKE

Wils, Sabine: Europaabgeordnete der LINKEN in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL, Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen

Impressum

Kontakt:

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
oekoplattform@die-linke.de
www.oekologische-plattform.de



Herausgeber:

Sprecherrat der Ökologischen Plattform

Redaktion:

zeitschrift-oekoplattform@web.de
(ausschließlich für Veröffentlichungen)

Redaktionsschluss: 20.06.2010

Beiträge, Leserbrief, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden. Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat.

Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion. geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.08.2010

Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter www.oekologische-plattform.de bzw. www.die-linke.de verfügbar.

Bestellung/Adressänderung:

kontakt-oekoplattform@web.de

Inhaltsverzeichnis

IN EIGENER SACHE	1	UMWELT- UND GESUNDHEITSSCHUTZ	17
Bericht vom Bundestreffen der Ökologischen Plattform am 29./30. Mai 2010 in Rödinghausen (Nordrhein-Westfalen)	1	Naturwalderbe in Deutschland schaffen <i>Sabine Stüber</i>	17
Erklärung des Bundestreffens der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE zum vorliegenden Entwurf eines Parteiprogramms	2	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen und die Verwendung von Biozidprodukten <i>Ralph Lenkert</i>	17
Erklärung der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE zur Ölkatastrophe im Golf von Mexiko. Industriekatastrophen müssen vermieden werden!	3	LANDWIRTSCHAFT	18
Grußadresse der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE an die Initiative „Pro Mosel“	3	Erneute Stickstoffschleuder: Schweineanlage Haßleben <i>Ernst Pries</i>	18
Grußadresse der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE an den Sonntagsspaziergang gegen die Atommülltransporte nach Ahaus	3	Zukunft säen – Vielfalt ernten Keine Patentrechte für Saatgutkonzerne! Saatgut muss Gemeingut bleiben! Aufruf für eine europaweite Saatgutkampagne <i>Europäisches BürgerInnen Forum</i>	20
Information zum Stand der Programmdebatte <i>Götz Brandt</i>	4	UMWELTNACHRICHTEN	20
GESELLSCHAFT UND PERSPEKTIVEN	5	Nach dem Fiasko in Kopenhagen eine Wohltat <i>Sabine Wils</i>	20
Wie schafft man ökologischen Sozialismus? Über Wege zu einem umweltfreundlichen, antikapitalistischen Gesellschaftssystem <i>Hans-Gerd Öfinger</i>	5	Bürgermeisterkandidat der Linken fordert mit Solarstrom betriebene Straßenbeleuchtung, um Kosten zu sparen und die Umwelt zu schonen <i>Marion Morassi, Wolfgang Huste</i>	21
Ökologische & Sozialistische Erklärung Kassel. Für eine ökosozialistische Wende von unten! <i>SALZ-Konferenz für Ökologie & Sozialismus, Kassel, 13./14.03.2010</i>	6	Deutsches Schienennetz dramatisch geschrumpft. Europäische Nachbarn bauen auf die Eisenbahn <i>Pressemitteilung Allianz pro Schiene, 29.04.2010</i>	21
Ökosozialismus oder „Green New Deal“. Ist ökologisches Wachstum noch möglich? Entwicklung statt Wachstum <i>Saral Sarkar</i>	8	Transparenz für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen. Untersuchungsausschuss Gorleben nimmt Arbeit auf <i>Dorothee Menzner, Kornelia Möller</i>	22
KLIMA UND ENERGIE	9	235 Atomtransporte – Hamburg im Atomwahnsinn <i>Pressemitteilung der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE Hamburg, 13.03.2010</i>	22
Klimaschutz selber machen. Wie BürgerBegehren Klimaschutz e. V. direkte Demokratie mit kommunalem Klimaschutz verbindet <i>Claudia Löhle</i>	9	Vorsicht, giftig: Elektroschrott <i>Sabine Wils</i>	23
Erde könnte für Menschen zu heiß werden <i>Proplanta, Das Informationszentrum für die Landwirtschaft (pte)</i>	10	Smileys für Berlin - erstes Bundesland will Lebensmittelkontrollen vor Ort veröffentlichen <i>foodwatch, Newsletter, 12.03.2010</i>	23
Die Lehren aus Tschernobyl für Deutschland <i>Marko Ferst</i>	11	BÜCHERECKE	24
Solarstromförderung wirksam ausgestalten <i>Eva Bulling-Schröter</i>	14	Für ein ökologisch-emanzipatorisches Vorgehen <i>Alexander Amberger</i>	24
Region Guben mit guten Chancen gegen Vattenfalls Tagebauplanung <i>Umweltgruppe Cottbus e. V.</i>	15	Großflughafen Schönefeld in der Schuldenfalle? Frank Welskop warnt in seinem Buch vor dem Luxusflughafen für Billigflieger <i>Marko Ferst</i>	25
Die Zeichen stehn auf Sturm <i>Gedicht von Hans Hässig</i>	16	Buchempfehlungen <i>Zusammenstellung von Marko Ferst</i>	26
		Bangladesch <i>Gedicht von Marko Ferst</i>	27

Kontaktadressen

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei den Adressen bitte an kontakt-oekoplattform@web.de melden.

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de, oekoplattform@die-linke.de
Manfred Wolf, Tel. 030 2411127, manfredwolfberlin@gmx.de
Petra Beck, pcbe@gmx.net
Marko Ferst, marko@ferst.de
Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de

BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Prof. Dr. Wolfgang Methling (Sprecher), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, w.methling@dielinke.landtag-mv.de

Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Vorsitzende Umweltausschuss), Tel. 030 22772485, Fax 030 222776485
eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de
Dorothee Menzner (energiepolitische Sprecherin), Tel.030 227-73167, Fax 030 227-76166, dorothee.menzner@bundestag.de
Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel. 030 227-72638, Fax 030 227-76638, ralph.lenkert@bundestag.de
Sabine Stüber (MdB, Naturschutz, Biodiversität, Lärmschutz), Tel. 030 227-72138, Fax 030 227-76138, sabine.stueber@bundestag.de

E-Mail für kurzfristige Informationen

Umweltverteiler ÖPF und BAG Umwelt-Energie-Verkehr
Aufnahme über info@oekologische-plattform.de

Landesebene

Baden-Württemberg LAG Ökologische Plattform
Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfildern, mail@wolfgangkaemmerer.de;
Anne Rahlfs, anne.rahlfs@linkspartei-bw.de

Bayern LAG Umwelt

Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841 3796284, Fax 0841 8814230, eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de;
Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

Berlin LAG Umwelt

Marion Platta (MdA, umweltpolitische Sprecherin), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030 23252550, Fax 030 23252515, platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg LAG Umwelt

Peter Engert (Sprecher), K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde, Tel. 03361 344351
Carolin Steinmetzer-Mann (MdB, umweltpolitische Sprecherin), Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de

Bremen

Klaus-Rainer Rupp (Mitglied Bürgerschaft, umweltpolitischer Sprecher), Tiefer 8, 28195 Bremen, klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de

Hamburg LAG Umwelt

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, g.siegler@web.de
Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, umweltpolitische Sprecherin), Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg, dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de

Hessen ÖPF Hessen

Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg, Tel. 06421 163873, hajo.zeller@web.de
Marjana Schott (MdB, umwelt- und landwirtschaftspolitische Sprecherin), Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@ltg.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Wolfgang Griese (MdB, energie- und umweltpolitischer Sprecher), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, w.griese@dielinke.landtag-mv.de

Birgit Schwebs (MdB, finanz- und verkehrspolitische Sprecherin), Lennestr.1, 19053 Schwerin, Tel.038203 63519, b.schwebs@dielinke.landtag-mv.de

Niedersachsen

Kurt Herzog (MdB, umweltpolitischer Sprecher), Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover, kurt.herzog@lt.niedersachsen.de
Heinz Preuß (ÖPF Niedersachsen, Koordinierungsrat ÖPF Bund), Sedanstr. 6, 31787 Hameln, Tel. 05151 409481, Hpborusso@aol.com
Ulrich Steinmeyer (LAG Umwelt-Energie-Verkehr), Am Oxer 5, 27283 Verden, Tel. 04231 937960, 0179 4727893, info@ulrichsteinmeyer.de

Nordrhein-Westfalen ÖPF Nordrhein-Westfalen

www.oepf-nrw.de
Ralf Henrichs, Kellermannstr. 13, 48149 Münster, Tel. 0151 18479447, ralfhenrichs@gmx.de

Rheinland-Pfalz LAG ÖPF Rheinland-Pfalz

www.oepf-rlp.de
Angelika Jürgensonn-Korjenic (AG Natur- und Tierschutz, Kreisverband Ahrweiler), Wiesenstr. 5, 56656 Brohl-Lützing, angelika62de@yahoo.de

Saarland

Dagmar Ensch-Engel (MdB, umwelt- und tierschutzpolitische Sprecherin), Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken, dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de

Sachsen ADELE – ÖPF Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891 35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341 9424882, micha.lauter@web.de
Dr. Reinhard Natke (Koordinierungsrat ÖPF Bund), Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174 98484127, drnatke@web.de
Dr. Jana Pinka (MdB, umwelt- und technologiepolitische Sprecherin), Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, jana.pinka@slt.sachsen.de,
Dr. Monika Runge (MdB, energie- und klimaschutzpolitische Sprecherin), Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, monika.runge@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt AG Umwelt Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle, Tel. 0345 29418-63, Fax 0345 29418-64
Angelika Hunger (MdB, Sprecherin Verbraucherschutz und Energiepolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Andre Lüderitz (MdB, Sprecher Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein ÖPF Schleswig-Holstein

Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausackerholz b. Flensburg, Tel. 04633 966624, dettmergruenefeld@hotmail.com

Thüringen ÖPF Thüringen

oekosozialisten.de
Tilo Kummer (MdB, landwirtschaftspolitischer Sprecher), Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317, kummer@die-linke-thl.de
Katja Wolf (MdB, umweltpolitische Sprecherin) Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, wolf@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, s.schmidt@nd-online.de
www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt
Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147, www.grueneliga-berlin.de/raberalf